Dittmanns Enthüllungsschwindel



nach

Eingeständnissen seiner Genossen

von

Emil Kloth

Brunnen-Verlag · Karl Winckler · Berlin SW. 68

Heft 7 der „Politischen Schriften"

Dittmanns Enthüllungsschwindel

Nach Eingeständnissen seiner Genossen

Von

Emil Kloth

ehemaligem sozialdemokratischen Verbands-Vorsitzenden und Stadtverordneten

1926 1.—10. Tausend

Brunnen-Verlag / Karl Winckler / Berlin

Auszugsweiser Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Im Uebrigen sind alle Rechte vom Verlag gewahrt.

Druck: Deutscher Schriftenverlag G. m. b. H., Berlin SW 11, Dessauer Straße 6/8

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.

Welch ein auffallender Unterschied zwischen der „großen Revolution“ in Frankreich und der „glorreichen Revolution“ in Deutschland!

Die französischen Revolutionäre sangen in der Marsellaise:

O heil'ge Vaterlandesliebe,
Beseele unsern Rächerarm!
Freiheit, Freiheit, mit wucht'gem Hiebe
Vernichte unserer Feinde Schwarm;
Dein Geist weih' unsre Fahn' und Wehre,
Dein Schlachtruf tön' wie Sturmesweh'n, —
Verendend deine Feinde seh'n
Dann deinen Sieg und unsre Ehre!
Auf, Bürger, greift zur Wehr!
Stellt euch aus Stadt und Flur;
Marschiert, marschiert! Verderbtes Blut
Tränk' unsrer Füße Spur!

Aus solchem Geist entstand ein Carnot als Organisator der Siege, der mit seinen schlechtgekleideten und schlechtgenährten, aber vaterlandsbegeisterten Sansculotten sämtliche Feinde aus dem Lande fegte.

Die deutschen Revolutionäre schenkten uns dagegen einen Dittmann als Organisator deutscher Niederlagen. Er benutzte die durch den Aushungerungsplan der Feinde bewirkte schlechtere Ernährung und Stimmung nicht etwa dazu, die Vaterlandsverteidiger erst recht anzuspornen, den schändlichen Plan der Feinde durch Ausharren und um so größere Tapferkeit zu vereiteln, sondern zur Erregung von Meutereien und zur Wehrlosmachung und Verknechtung des Vaterlandes.

Und im Deutschen Reichstag darf ein solcher Mensch es wagen, in rabulistischer Weise seine Tat noch als eine staatsretterische mit der großen Geste eines Volkstribunen hinzustellen; bauend auf die Unkenntnis und Schlappheit der „Bürgerlichen"!

Herunter mit der Maske des „Volksmannes" und zeigen wir ihn und die Seinen in ihrer wahren Gestalt!

Das ist der Zweck dieser Schrift.

Berlin, im Februar 1926.

Der Verfasser.

„Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt."

Crispien.

Warum die Reinwaschung?

Seit den Magdeburger Ebert-Prozessen bemüht sich die Sozialdemokratie mit verdächtigem Eifer nachzuweisen, daß sie während des ganzen Krieges die Vaterlandsverteidigung gepredigt und getätigt, und daß selbst ihr jetziger linker Flügel, die ehemalige Unabhängige Sozialdemokratische Partei, grundsätzlich auf demselben Standpunkt gestanden habe. Eine Sabotierung der Vaterlandsverteidigung durch die U. S. P. D. (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) oder gar ein Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Front habe niemals stattgefunden und könne daher auch nicht bewiesen werden.

Dieser Reinwaschungsversuch ist durchaus verständlich, dafür sind nämlich folgende Beweggründe maßgebend:

1. Das Vaterland ist kein überlebter Begriff, sondern auch für die Arbeiter die Grundlage ihres Daseins und ihrer Lebenshaltung. Hunderttausende können auswandern, jedoch nicht ein Siebzigmillionenvolk. Auf Gedeih und Verderb ist daher die große Masse des Volkes mit dem Wohl und Wehe des eigenen Landes naturverbunden. Ohne Macht kann aber kein Staat bestehen, ist er nur ein Scheinstaat, ein Spielball bewaffneter Staaten.

2. Parteien, die das Vaterland im Kriege nicht unter allen Umständen verteidigen, sondern es durch Verweigerung der Kriegsmittel, Munitionsarbeiterstreiks, Meutereien, Putsche und Revolution kampfunfähig machen, sind eigentlich nicht regierungsfähig, weil sie die Grundlage des Staates in Zeiten höchster Gefahr untergraben haben und deswegen selbst des notwendigen Ansehens und der Autorität zur Bekleidung der höchsten Staatsämter entbehren.

3. Weil dem so ist, weil ein gesund denkendes Volk nach Ablegung der Zusammenbruchs- und Revolutionspsychose obige Wahrheiten erkennen und solchen Parteien das Vertrauen ent-

ziehen und die Gefolgschaft versagen wird, deshalb die krampfhaften Versuche, die Unabhängigen als die reinen Unschuldslämmer erscheinen zu lassen, die weder an Munitionsarbeiterstreiks, noch an Matrosenmeutereien, noch an Revolution gedacht hätten.

Entsprechend diesen sozialdemokratischen Beweggründen muß auch der Dittmannsche Versuch, alle Schuld an den Matrosenmeutereien und dem Zusammenbruch Deutschlands dem alten Regime zuzuschieben, die U. S. P. D. und ihre Verführten dagegen als reine Lichtgestalten hinzustellen, bewertet werden.

Der Auftakt war sehr geschickt gekurbelt. Herr Dittmann ersuchte unter der Maske des wahrheitsuchenden Biedermannes den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstages um die Erlaubnis, vor ihm eine aktenmäßige Darstellung der Ereignisse auf unserer Kriegsflotte in den Jahren 1917/18 geben zu dürfen. Der Ausschuß bezw. dessen 4. Unterausschuß genehmigte dies. Dittmann bekam dadurch monatelang die bezüglichen Akten ausgehändigt, stellte daraus ein Buch zusammen, das schon im Druck vorlag, als er vor ebendemselben Unterausschuß sein sechsstündiges „Referat“ hielt, welches in Wirklichkeit aber nur eine Vorlesung des ganzen Inhaltes seines Buches war. Das Buch begann mit einem so unverfrornen Schwindel, wie er selbst in unserer an Skandalen gewiß nicht armen Zeit als ungewöhnlich bezeichnet werden muß. Es trug nämlich den Untertitel:

„Dargestellt nach den amtlichen Geheimakten **im Auftrage des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses** über den Weltkrieg (4. Unterausschuß)“.

Gleich nach Erscheinen des Buches stellte der Untersuchungsausschuß fest, daß Dittmann keinen derartigen Auftrag von ihm bekommen habe. Wenn schon der Titel des Dittmannschen Buches mit einer bewußten Unwahrheit geziert war, so wird man ahnen können, wie es erst um dessen Inhalt bestellt sein mag. Bevor wir denselben untersuchen, wird es notwendig sein, die Eignung des Herrn Dittmann als Untersuchungsrichter, der er ja als Mitglied des Untersuchungsausschusses ist, etwas näher zu betrachten, zumal er nicht nur Auszüge aus den Akten gebracht, sondern zahlreiche eigene Werturteile eingestreut hat. Hauptsächlich lassen wir dabei Dittmanns Genossen selbst zum Worte kommen.

Dittmann im Urteil seiner Genossen.

Wilhelm Dittmann ist am 13. November 1874 in Eutin geboren, erlernte das Tischlerhandwerk und wurde schon im Alter von 25 Jahren sozialdemokratischer Redakteur. Von 1904—09 war er Parteisekretär in Frankfurt a. M. und von da ab wieder Redakteur. Er hielt es von jeher mit dem bekannten Sprichwort von der Bescheidenheit und suchte durch vorlautes Vordrängen und hysterischen Radikalismus sich bemerkbar zu machen. Der Demokrat Heile nannte ihn deswegen schon 1910 im Bericht über den Magdeburger Parteitag in der „Hilfe“ den „Hysteriker Dittmann.“ Den Genossen Hildebrand biß Dittmann 1913 nicht nur aus seiner Stellung als Chefredakteur der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen hinaus, um sich selbst an dessen Stelle zu setzen, sondern erwirkte auch dessen Ausschluß aus der Partei. Wobei die beschämende Tatsache nachträglich offenbar wurde, daß die Dittmannschen Ketzerrichter nicht einmal das Hildebrandsche Buch, welches die Notwendigkeit deutscher Kolonialpolitik nachwies und das die Grundlage der Anklage bildete, gelesen hatten. Nur Dittmann, der „kleine Torquemada“, wie ihn die „Frankfurter Zeitung“ nannte, trat mit einem großen Zitatensack — ganz nach seiner heutigen Methode! — gegen Hildebrand auf und erreichte natürlich bei solchen Richtern seinen Zweck.

Beim Parteivorstand war Dittmann nicht sehr angesehen, er schnitt den Streber. Vielleicht war das ein Grund mit, daß Dittmann, der anfänglich kriegsbegeistert tat und für die Kreditbewilligung eintrat, bald hernach zu den Oppositionellen überging, worüber der sozialistische „Firn“ folgendes ausplauderte:

> „In der alten Sozialdemokratie stand Dittmann auf dem linken Flügel. Als der Krieg kam, wurde er, der eine feine Witterung hat, Kreditbewilliger. Aus voller Ueberzeugung, natürlich! **Auf einer Redakteur-Konferenz vor dem 4. August 1914 hielt er eine Rede, die für die Kreditbewilligung geradezu schlagkräftig und stichhaltig war. (Der Parteivorstand ließ sie als Flugblatt gedruckt in Hunderttausenden von Exemplaren verbreiten.)** Vor der Abstimmung der dritten Rate erhielt er im Reichstagsgebäude Besuch aus seinem Wahlkreis Remscheid unter Führung des Genossen Braß, seines stillen Rivalen um das Mandat. Bei der darauffolgenden Abstimmung überraschte Dittmann mit seiner Kreditverweigerung die sozialdemokratische Welt.“

Hören wir aber erst mal, was derselbe „Vorwärts“, der jetzt Dittmann als den wahren Volkstribunen feiert, 1919 (Nr. 645 v. 18. 12. 19) über ihn in einem breit ausladenden Leitartikel schrieb:

„Wilhelm Dittmann, ehemaliger Volksbeauftragter und gegenwärtiger Parteisekretär der U. S. P. D., hat in einem Artikel der „Freiheit“ die Angaben bestritten, die wir über die Tätigkeit der Unabhängigen in der Regierung gemacht haben. Er hat seiner Erwiderung den sie zutreffend charakterisierenden Titel gegeben: „Der Kampf gegen die Wahrheit“. Wir hatten geschrieben:

„Die erste Handlung der Unabhängigen in der Regierung ist bekanntlich gewesen, daß sie zu Hindenburg gingen. Sie telegraphierten an Hindenburg, er möge mit seinen bewährten Offizieren das Frontheer geordnet in die Heimat zurückführen. Nicht an die Soldatenräte, sondern an die Generale und Offiziere haben sich die U. S. P. D.-Volksbeauftragten mit diesem schwierigen Auftrag gewandt.“

„Dittmann erklärt diese Behauptung für eine „freche Lüge“; jedes Wort sei eine Unwahrheit. Das Telegramm an Hindenburg lautet:“

„An Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Wir bitten, für das gesamte Feldheer anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und straffe Ordnung im Heer unter allen Umständen aufrechtzuerhalten sind, daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfolgreichen Entlassung unbedingt zu gehorchen ist und daß eine Entlassung von Heeresangehörigen aus dem Heere nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat. Die Vorgesetzten haben Waffen und Rangabzeichen beizubehalten. Wo sich Soldatenräte oder Vertrauensräte gebildet haben, haben sie die Offiziere in ihrer Tätigkeit zur Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung rückhaltlos zu unterstützen.

gez. Ebert, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth.“

„Das Telegramm ging am 11. November an den Generalfeldmarschall. Es wurde sofort nach seiner Absendung in der „Roten Fahne“ (Nr. 4) veröffentlicht und als ein schwerer Verstoß gegen die Revolution und die Soldatenräte bezeichnet. Das unabhängige Soldatenratsmitglied Stolt hat vor dem Untersuchungsausschuß der Preußischen Landesversammlung ausgesagt, daß er und seine Kollegen seit diesem Telegramm Dittmann für einen Verräter des Proletariats gehalten hätten. Trotzdem erklärt Herr Dittmann: „Die unabhängigen Volksbeauftragten haben nie ein Telegramm an Hindenburg gerichtet. Was der „Vorwärts“ darüber schreibt, ist glatt erfunden.“ Es gehört doch immer einiger Mut dazu, so keck zu leugnen.“

In gleicher dokumentarischer Weise stellte der „Vorwärts“ noch weitere Unwahrheiten Dittmanns fest und faßt sein Urteil über Dittmann in folgendem vernichtenden Schlußwort zusammen:

„Und all das hat Wilhelm Dittmann vergessen. Vergessen? **Der Untersuchungsausschuß der Preußischen Landesversammlung wollte Wilhelm Dittmann gern fragen, wie es kommt, daß seine beschworene Aussage im Ledebour-Prozeß über die Tätigkeit der Unabhängigen in der Regierung in schroffem Widerspruch steht mit dem, was derselbe Dittmann als Referent der Reichsregierung auf dem Rätekongreß ausgeführt hat. Dittmann hat es vorgezogen, zu der Vernehmung nicht zu erscheinen.** Das war klug, aber Dittmann hätte auch einfach antworten können: „Ich war kriegsbegeistert, solange ich die Masse kriegsbegeistert glaubte. Ich wurde Pazifist, als ich damit größere agitatorische Erfolge zu erzielen hoffte. Ich war Demokrat und verständig, als ich in der Regierung saß. Ich bin für Diktatur und **leugne meine ganze Vergangenheit ab,** seit die U. S. P. D., die mich wegen meiner Regierungstätigkeit nicht in die Nationalversammlung entsandt hat, aber doch wenigstens als Sekretär duldet, für das bolschewistische Programm schwärmt. **Ich, Wilhelm Dittmann, habe zwar kein gutes Gedächtnis und bin kein Charakter,** aber ich bleibe obenauf, auch im Meere des Bolschewismus."

„So mag denn Wilhelm Dittmann den Lesern der „Freiheit" erzählen, was er will, die glauben ihm, daß der „Vorwärts" schwindelt. Aber die Wahrheit steht so fest, daß selbst Dittmann sie nicht verdrehen kann."

Das schrieb also das „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands" über Wilhelm Dittmann, aus dem festzustellen ist:

1. **daß Dittmann sich hinter den Rücken der Offiziere und des Generalfeldmarschalls Hindenburg verkroch, als die Gefahr nahelag, daß die Spartakisten unter Liebknecht Schwätzer wie Dittmann und Genossen über den Haufen rennen konnten und kurzen Prozeß mit ihnen machten;**
2. **daß Dittmann als Referent der Reichsregierung entweder den Rätekongreß angelogen oder im Ledebour-Prozeß einen Meineid geschworen hat;**
3. **daß Dittmann ein ganz charakterloser Mensch ist und den Mantel persönlicher Vorteile wegen nach dem Winde trägt.**

Sollte Dittmann auch jetzt noch abstreiten oder gar abschwören wollen, daß er das Telegramm an Hindenburg mit den anderen beiden unabhängigen „Volksbeauftragten" nicht unterschrieben habe, so straft dem das parteiamtliche Protokoll des außerordentlichen Parteitages der Unabhängigen in Berlin (vom 2.—6. März 1919) Lügen, allwo es auf Seite 163 in den Ausführungen des Genossen Urich-Berlin unwidersprochen heißt:

„Die erste Dummheit, die gemacht wurde von der Regierung, war, daß man dem Oberbefehlshaber Hindenburg seine Befehlsge-

walt gelassen hat. Als wir uns loslösten vom Feinde, als wir unsere Offiziere abgesetzt hatten, da prangten an jedem Etappenorte Aufrufe der Regierung, wo aufgefordert wurde, daß die Offiziere in ihre alte Befehlsgewalt wieder eingesetzt werden sollten; die Offiziere, die das Heer in die Heimat zurückführen mußten. **Unterschrieben war der Aufruf von dem Sechs-Männer-Kollegium.**"

Auf diesem Parteitage war Dittmann anwesend und hatte sogar ein Referat über „Die Organisation der Partei" zu halten; er kann sich also nicht weißbrennen davon, daß er seine Genossen und die Oeffentlichkeit wissentlich angelogen hat. Auch auf sein schlechtes Gedächtnis kann er sich nicht berufen, denn ein Genosse, der jahrelang mit ihm in der Redaktion zusammen gearbeitet, bestätigte ihm im sozialistischen „Firn":

„Sein Gedächtnis ist unfehlbar. Und in der Reproduzierung von Vorgängen, deren Zeuge er gewesen, sucht er seinen Meister. Er pflegt bei Konferenzen und anderen Anlässen sorgfältigste Notizen zu machen und seine Niederschriften sind schon manchem Gegner gefährlich geworden."

Das bekam auch Ebert zu spüren, dem er mit einer Enthüllung in der Reichstagssitzung vom 10. Februar das Genick zu brechen versuchte, indem er folgende Parallele anläßlich des damaligen Eisenbahnerstreiks zog, dem Ebert als Reichspräsident mit scharfen Verboten entgegentreten mußte, während Dittmann auch hier wieder das „Recht" der Putschisten vertrat:

„Damals gehörten zur Streikleitung auch sechs Parlamentarier: außer Haase, Ledebour und mir auch Scheidemann, Otto Braun, der gegenwärtige Ministerpräsident, und Fritz Ebert, der jetzige Reichspräsident. **Mit verächtlichem Lächeln und entsprechender Handbewegung teilte uns Ebert eines Morgens mit, daß er als erster das Streikverbot des Generals v. Kessel zugestellt erhalten habe, und er fügte hinzu: „Der Wisch ist für die Katz."** Genau wie jetzt die Streikleiter der verfolgten Eisenbahnergewerkschaft, so sind wir von der Streikleitung damals — Ebert eingeschlossen — von einem Lokal zum andern vor den Polizeischergen geflüchtet. Ein außerordentliches Kriegsgericht hat mich damals zu zwei Monaten Gefängnis und fünf Jahren Festungshaft verurteilt, weil ich in einer Versammlung der Streikenden im Treptower Park für einen Frieden der Verständigung hatte sprechen wollen. Schon nach den ersten Sätzen wurde ich verhaftet. Aber vor mir hatte ein Redner 20 Minuten lang für das Streikziel (!) sprechen können. Sein Name ist bisher in der politischen Oeffentlichkeit nicht bekannt gewesen: es war der jetzige Reichspräsident Fritz Ebert."

Mit dem Charakter des Konjunkturpolitikers Dittmann steht es durchaus im Einklang, daß er bei den Magdeburger Ebert-

prozessen als eidlich vernommener Zeuge aus der Ebertschen Fanfare in Treptow eine Schamade zu machen versuchte. Als ihm jedoch die Sache brenzlich zu werden schien, stellte er im Reichstag einen Antrag und brachte ihn auch zur Annahme, daß den Reichstagsmitgliedern keine Erlaubnis mehr erteilt wurde, in Magdeburg als Zeuge aufzutreten. Schließlich kam dann die Amnestie, der Prozeß wurde niedergeschlagen, und Dittmann war aus allen Eidesnöten erlöst. Die radikale „Leipziger Volkszeitung" fand damals (am 23. 12. 24) harte Worte gegen Dittmann, der den Streik der Munitionsarbeiter von 1918 verleugnet und damit „einen dicken Strich unter seine Vergangenheit zog", obgleich er noch kurz vor der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien „in der „Freiheit" Beweise für sein klassenkämpferisches Empfinden zu erbringen versuchte". In ähnlicher Weise äußerte sich der frühere „Freiheit"-Redakteur Nestriepke über die Wandlungsfähigkeit Dittmanns:

„Nun kämpfen ja jetzt die Dittmann, Hilferding und andere gegen den Bolschewismus öffentlich an. Wie ich weiß, waren sie schon früher Gegner des bolschewistischen Systems, aber in der Oeffentlichkeit traten sie nicht als solche hervor. In der privaten Unterhaltung dagegen machte man sich lustig über das russische Rätesystem. **Die Feigheit — anders kann ich es nicht nennen — von Hilferding, Dittmann und Genossen hat uns politisch in den Sumpf geführt.**"

Falsch ist die Annahme, daß Dittmann als Redner für den Munitionsarbeiterstreik von 1918 immerhin einen gewissen Mut bewiesen habe, da er doch mit einer schweren Strafe zu rechnen hatte. Ach nein, er wußte sich gedeckt durch den Einfluß, den damals schon die Mehrheitssozialdemokraten auf die Regierung ausübten und der am besten durch eine damalige Aeußerung Stampfers, des Chefredakteurs des „Vorwärts", zu seinem Kollegen Emil Unger illustriert wird: „Ach, das wird nicht so heiß gegessen, am Kriegsschluß kommt das große Aufwaschen, dann werden sie alle begnadigt." So kam es auch.

Kein Blatt der Geschichte weiß von irgendeiner schöpferischen Tat Dittmanns zu berichten, er war, ist und bleibt der kleinliche Kritikaster, ohne jegliche Spur eines staatsmännischen Weitblicks, und immer nur auf sein eigenes Ich bedacht. Und er hat es ja dadurch auch zu etwas gebracht. Aus dem schmalwangigen Hysteriker ist ein tadellos gekleideter, wohlhabender Bourgeois

geworden, der bald mit revolutionären, bald mit patriotischen Allüren dem dummen Volke etwas vorschauspielert. Insofern ist er zu allem und zu nichts zu gebrauchen.

Man muß es zugeben: der Kerl versteht sein Handwerk, aus dem Akten-Kuchen die Rosinen tendenziös herauszupicken. Nun, 4½ Monate hat er ja auch die 70 Bände Akten mit ihren 25 000 Schreibseiten allein im Besitz gehabt und niemand an sie herangelassen, selbst den Korreferenten, den Abgeordneten Brüninghaus nicht. Seine schauspielerische Veranlagung ist gleichfalls nicht zu unterschätzen, seine Stimme ist modulationsfähig. Mit anscheinend ruhiger Sachlichkeit trägt er in sechsstündiger Rede einen Aktenvermerk nach dem anderen vor. Von Zeit zu Zeit bebt seine Stimme in schönem Mitleid mit den armen Matrosen und schwillt dann wieder zum zornigen Donnerton des unentwegten Volkstribunen über die „Diebe", „Spitzel", „Justizmorde" des alten Systems an. Ja, die Vaterlandsverteidigung nimmt er auch für sich und die Unabhängigen in Anspruch. Die beabsichtigte Revolution der Unabhängigen und die Vorbereitung dazu durch Zermürbung der Heeresmacht weist er weit von sich. Nur die Offiziere und die Admirale seien an dem Zusammenbruch und an der Revolution schuld; ja, sie hätten in bewußter Auflehnung gegen die rechtmäßige Reichsregierung selbst revolutioniert.

Aber wenn er ins Kreuzfeuer von Fragen genommen wird, da flackern seine tiefliegenden Augen unstet umher, als ob sie vom bösen Gewissen gepeinigt wären. Wir glauben daher die Charakteristik Dittmanns nicht besser schließen zu können, als mit einer Stelle aus einem Artikel: „Gegen die Quertreiber", aus dem „Grundstein", Wochenblatt des sozialdemokratischen Deutschen Bauarbeiterverbandes (Nr. 13 v. 27. 3. 1915), der gegen die Dittmänner gerichtet war und worin es wie Dittmann auf den Leib geschrieben hieß:

„Ein Mann, der sein Vaterland nicht liebt, ist kein Freund der Arbeiter. Mit dem Augenblick, wo er sein Vaterland in der Stunde der höchsten Gefahr im Stiche läßt und es dem Feinde überantwortet, verrät er sein Vaterland und damit auch die Arbeiter, die die Mehrzahl der Einwohner eines Landes bilden. Ein solcher Mensch kann auch kein Führer der Arbeiter sein; denn er wird ihr Vertrauen mißbrauchen und es nur seinen eigennützigen Zwecken dienstbar machen wollen."

Die Unabhängigen und ihre Stellung zur Vaterlandsverteidigung und zur Revolution.

Sehen wir gleich auf den Kernpunkt ein. Mit jenem schönen Brustton, den Dittmann so vortrefflich zu mimen versteht, schreibt er auf Seite 40 seiner Verteidigungs- und Schmähschrift:

„Es ist deshalb eine dreiste Unterstellung, wenn der für die Urteile gegen die Matrosen hauptsächlich verantwortliche Kriegsgerichtsrat Dr. Dobring in einem langen, zusammenfassenden Bericht vom 21. November 1917 an den Staatssekretär v. Capelle behauptet, die U. S. P. verwerfe den Verteidigungskrieg und lehne deshalb die Kriegskredite ab. Diese Unterstellung ist das Fundament, auf dem die harten Urteile gegen die Marineleute aufgebaut sind und die Verfolgung der U. S. P. basiert."

Bei dem unfehlbaren Gedächtnis Dittmanns ist gar nicht anzunehmen, daß er nicht mehr wüßte, was demgegenüber der unabhängige Parteitag von 1919 bezüglich der Landesverteidigung beschlossen hat, aber er verschweigt es absichtlich. Sehen wir daher selbst nach und schlagen wir Seite 151 des offiziellen Protokolls auf. Da erklärt der Genosse Künstler:

„**Für jeden wahren Sozialisten kann die Landesverteidigung in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht in Frage kommen . . . Wir mußten erkannt haben, solange diese Gesellschaftsordnung besteht, kann es keinen Verteidigungskrieg geben, auch nicht, wenn Fritz Ebert die Geschicke des deutschen Vaterlandes führt;** er ist auch nur das Werkzeug in der Hand jener Kreise. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, schaffen Sie in der schwierigen Frage der Landesverteidigung Klarheit, damit für die Zukunft, wenn es wieder einmal Krieg geben sollte, für die Partei ein Weg zu gehen ist, von dem es kein Ausweichen mehr gibt."

„Das ist noch kein Beweis" — wird der gerissene Dittmann erklären, wenn ein einzelner so etwas sagt. Richtig, zumal Künstler ein ebenso minderwertiger Streber wie Dittmann ist, und schon, kaum der Lehre entlaufen, sein Sinnen und Trachten darauf richtete, für sich eine oder möglichst mehrere fette Pfründen zu ergattern. Aber immerhin war Künstler nicht nur Sekretär im unabhängigen Parteivorstand, sondern ist es auch jetzt im sozialdemokratischen Parteivorstand; außerdem ist er Vorsitzender der sozialdemokratischen Parteiorganisation von Groß-Berlin, Reichstagsabgeordneter und „militärischer Sachverständiger" der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, also nicht der erste beste.

Was aber ausschlaggebend ist: der unabhängige Parteitag von 1919 nahm eine seinen Ausführungen entsprechende Entschließung und einen von ihm eingebrachten Antrag an, der auf Seite 268 des Parteitagsprotokolls abgedruckt ist und folgenden Wortlaut hat:

„Landesverteidigung."

„Solange die kapitalistisch-imperialistische Gesellschaftsordnung den Völkern ihren Stempel aufdrückt, kann für keine wahre sozialistische Partei die Landesverteidigung bestehen. Die Frage eines Abwehr- oder Angriffskrieges ist dahin zu beantworten, daß alle Kriege aus kapitalistischen, imperialistischen Eroberungsgründen entstanden sind. Darum bleibt die Frage: Angriffs- oder Abwehrkrieg ganz gleichgültig. Eine Landesverteidigung kommt für die sozialistischen Arbeiter nur dann in Frage, wenn es gilt, die errungene sozialistische Freiheit und Herrschaft gegen Angriffe kapitalistischer Mächte zu sichern und zu festigen."

Deutlicher kann man die Landesverteidigung nicht verneinen. Wie wird Ihnen, Herr Dittmann, wollen Sie das auch abschwören nach Magdeburger Muster? Was nützen solchen unzweideutigen Erklärungen gegenüber alle zusammengeklaubten und zurechtgestutzten Zitate aus Reden und Schriften der Unabhängigen, die das Gegenteil beweisen sollen, weil es den Sozialdemokraten augenblicklich gerade so in den Kram paßt?

Das Parteitagsprotokoll von 1919 ist überhaupt eine Fundgrube für die wirklichen Anschauungen der Unabhängigen über Vaterlandsverteidigung, Revolution und Diktatur des Proletariats, so daß es zweckmäßig ist, davon einige Stichproben zu geben. Um die Richtigkeit unserer Zitate nachprüfen zu können, setzen wir in Klammern die bezüglichen Seitenzahlen des Protokolls.

Ehre, wem Ehre gebührt, und so sei zunächst dem **Parteivorsitzenden Haase** das Wort erteilt, der sich folgendermaßen ausließ:

„Ich habe in den Augusttagen 1914 schärfer als irgendein anderer, und wie ich heute ohne Ueberhebung sagen darf, klarer als die anderen Genossen die politischen Zusammenhänge erkannt, ich habe deshalb in der Fraktion mit allem Eifer darauf gedrungen, daß wir die Kriegskredite ablehnen (238). Wir haben unsere eigene Partei gegründet, als es notwendig war, für uns Bewegungsfreiheit zur Propaganda der kriegsfeindlichen Bestrebungen zu finden, um zusammen zu scharen diejenigen, die gegen den Massenmord auftraten, die die alten Grundsätze des internationalen Sozialismus auch in

Deutschland hochhielten (237). Als wir Ostern 1917, vor noch nicht zwei Jahren, uns in Gotha versammelten und unsere Partei gründeten, waren wir alle von der Ueberzeugung durchdrungen, daß der fürchterliche Krieg nicht sein Ende finden werde ohne große revolutionäre Ereignisse. Wir wußten, daß auch das militaristische Deutschland von einer Revolution bedroht war, und wir bereiteten uns auf den Augenblick vor, in dem die Revolution zum Ausbruch kommen würde" (40).

Wie diese Revolution vorbereitet wurde, das sagte **Luise Zietz** dem Parteitage im „Geschäftsbericht der Zentralleitung", woraus wir nachstehend das Wichtigste hervorheben:

. . . „Deshalb war die legale Agitation durch Flugblätter und Broschüren ganz außerordentlich erschwert, und sie mußte ganz notgedrungen ersetzt werden durch eine **illegale Agitation**. Die Schwierigkeiten bei der illegalen Agitation sind Ihnen ja allen bekannt. Ich möchte nur an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, daß dabei außerordentlich gefährliche Arbeit geleistet wurde, daß unsere Genossinnen und Genossen, die diese Arbeit willig auf sich nahmen, immer mit einem Fuße im Gefängnis standen (48). Hier möchte ich betonen, daß es uns nur durch das System der politischen Vertrauensleute in den Betrieben möglich war, dasjenige der Arbeiterschaft mitzuteilen, was wir für notwendig hielten, um den revolutionären Geist in ihnen lebendig zu erhalten, bezw. in ihnen lebendig zu machen. Dieses System der politischen Vertrauensleute in den Betrieben ist ja eigentlich der Vorläufer unseres Rätesystems. Es war uns dadurch möglich, nicht nur den revolutionären Geist zu wecken und ihn zu fördern, es war uns vor allen Dingen möglich, diesem Geist Ziel und Richtung zu geben und **so die Novemberrevolution vorzubereiten** . . . Hier möchte ich hervorheben, daß ich der Ueberzeugung bin, es wäre uns ohne diese Vertrauensleute nicht möglich gewesen, den Januarstreik im Jahre 1918 ins Leben zu rufen, und ich glaube, daß ich Ihre allseitige Zustimmung bekomme, wenn ich erkläre, daß dieser erste große politische Massenstreik in Deutschland eine grandiose Friedenskundgebung des deutschen Proletariats gewesen ist und außerordentlich dahin gewirkt hat, die Indifferenten und die Stumpfen, die beiseite standen, aufzurütteln" (51).

„Zu all diesen, die in erster Reihe gekämpft haben, kommen vor allen Dingen die Matrosen, die Pioniere der Revolution, die bereits im Jahre 1916 durch Hungerstreik meuterten und durch Verständigung der Schiffsmannschaften untereinander ihrem Friedenswillen Ausdruck gegeben haben und der Novemberrevolution vorarbeiteten. Viele von ihnen mußten erst in die Zuchthäuser wandern, es ist Ihnen bekannt, daß dort viele verhungert sind. Es ist Ihnen auch bekannt, daß zwei der tapfersten Matrosen, Reichpietsch und Kobe, (soll heißen „Köbis", d. V.) erschossen worden sind. Auch ihrer wollen wir heute ehrend gedenken" (51/52).

Hier haben wir das freimütige Eingeständnis von Luise Zietz, daß sie und die U. S. P. D. planmäßig Matrosenmeutereien hervorgerufen und gefördert haben, trotzdem bringt es Dittmann fertig, gerade die Zietz und ihr „starkes mütterliches Wohlgefallen“ an dem Matrosen Reichpietsch als Zeugnis dafür anzuführen, „daß ihr Mütterlichkeits- und Menschlichkeitsgefühl sich leidenschaftlich gegen den Gedanken aufgebäumt hätte, mit dem Leben des jungen Menschen freventlich zu spielen“. Er appelliert auch an die Sentimentalität der „rechtsstehenden bürgerlichen Reichstagskollegen, die an dieser Frau die Geradheit und Aufrichtigkeit ihres Charakters, ihr starkes Gerechtigkeitsgefühl und ihre warme Menschlichkeit schätzen gelernt hätten“.

Zugegeben, daß Luise Zietz nicht so gut Theater spielen und die Wahrheit verdrehen konnte wie Wilhelm Dittmann, so ist aber erstens dazu zu sagen, daß Luise Zietz, wie die meisten der Obergenossen, mit zwei Zungen redete — im traulichen Gespräch mit Bürgerlichen, wo sie sich mit sanften Tönen als armes Opfer unserer Klassengesellschaft hinzustellen beliebte, und in Volksversammlungen sowie im Parlament, wo sie Gift und Galle spie —, daß sie zum andern aber doch sicher auf dem Parteitage die reine Wahrheit gesagt haben dürfte. Oder nicht, Herr Dittmann?

Ueber Luise Zietz als Kronzeugin ist noch einiges zu sagen, da sie tatsächlich auf rechtsstehende bürgerliche Abgeordnete, besonders weiblichen Geschlechts, einen nicht zu unterschätzenden Eindruck gemacht hat. Mir selbst erzählte eine volksparteiliche Abgeordnete mit bewegter Stimme, daß ihr Luise Zietz in den Tagen der Weimarer Nationalversammlung ihr volles Herz über ihren Lebensgang ausgeschüttet habe, wonach man verstehen könne, weshalb sie so radikal geworden sei. Ach, du liebes unpolitisches deutsches Bürgertum, wenn du wüßtest, wie Luise Zietz im Kreise ihrer Freunde sich darüber lustig gemacht haben wird, wenn sie wieder einmal jemand von der „Bourgeosie“ sentimental eingeseift hatte. Sie war sozusagen das mann-weibliche Seitenstück zu Dittmann. Ihr Lebenslauf ist keineswegs so von Tränen benetzt, daß sie in radikale Hysterie verfallen mußte. Im Gegenteil, sie hat eine so gute Karriere gemacht, um die sie die meisten deutschen Frauen beneiden könnten, rein materiell gesehen. Wenn sie trotzdem nicht zu reiner Lebensfreude gelangen konnte, so lag das keineswegs an ihren traurigen Vermögensverhältnissen, sondern

an den ihr von der Natur versagten weiblichen Eigenschaften, worüber schon Lily Braun in ihren „Memoiren einer Sozialistin" Verständnisvolles gesagt hat. Mit den mütterlichen Gefühlen der Luise Zietz, die Dittmann in bezug auf Reichpietsch so rührselig hervorhob, ist es so eine eigene Sache. Mag sein, daß dem so war, aber fest steht doch anderseits, daß nicht nur mütterliche Liebe Luisens Busen bewegte, worüber ein preußischer Landtagsabgeordneter und Berliner Gewerkschaftsführer als „Cavaliere servente" der Zietz wohl Aufschluß zu geben vermöchte. Also auch dieser Dittmannsche Grund für die Unschuld der Unabhängigen ist keineswegs durchschlagend.

Danach ist auch sehr wohl die rührende Fürsorge der Unabhängigen für die Meuterer und Deserteure zu verstehen, wie sie gleichfalls aus dem Protokoll vom unabhängigen Parteitag hervorgeht. Am gewichtigsten sind natürlich die Erklärungen des Parteivorsitzenden Haase. Da weist er auf seine fürsorgliche Tätigkeit in der Regierung hin und erklärt wörtlich S. 17:

„Ich habe den Standpunkt vertreten, daß alle die, die wegen politischer oder militärischer Vergehen zu Gefängnis oder Zuchthausstrafen verurteilt waren, sofort entlassen werden, und es ist mir auch gelungen, selbst die Militärbehörde dahin zu bringen, daß sie, wenn auch mit schwerem Herzen, eingewilligt hat, daß für sämtliche militärische Vergehen Amnestie gewährt werde."

Weiter nennt er (S. 238) die Meuterei der Kieler Matrosen eine „heldenhafte Tat". Aber die Geister, welche die Unabhängigen gerufen, wurden sie nicht wieder los. Die Herren Deserteure, für die sich Haase als „Volksbeauftragter" in der Regierung auch so sehr und mit Erfolg ins Zeug gelegt, verlangten als Belohnung für ihr Verdienst: „Land und Volk gerettet zu haben", um mit Dittmann zu reden, eine entsprechende Belohnung. „Sie forderten nicht nur ihre Freiheit, die Möglichkeit zur Rückreise, sondern verlangten auch, daß ihnen aus der Reichskasse soviel gegeben werde, um sich eine Existenz schaffen zu können". (S. 180).

Ihre „wissenschaftliche" Weihe fand die landesverräterische Haltung der Unabhängigen auf dem Parteitage durch Karl Kautsky, der über die kurz vorher stattgefundene Internationale Konferenz in Bern als Delegierter zu derselben Bericht erstattete. Aus dem langausgesponnenen Vortrag können wir nachstehend nur einige Perlen aneinanderreihen:

„**Eine dritte Auffassung war die, daß eine jede sozialistische Partei zu ihrem Volke stehen müsse, ihre Regierung zu unterstützen hat. Diese letztere Auffassung fand nirgends Beifall, außer bei den deutschen Mehrheitssozialisten“ (S. 115).**

„**Die deutsche Revolution kam vier Jahre zu spät; deshalb glaubt man sie uns heute nicht“ (S. 122).**

„Die Mehrheitler hatten die Geschmacklosigkeit, eine Gegenresolution umzuarbeiten, in der sie die **Volksabstimmung für Elsaß-Lothringen** verlangten. Daß diese Forderung von ihnen ausging, das erregte allgemeine Entrüstung, der ich auch in meiner Rede Ausdruck gab“ (S. 119).

„Die Mehrheitssozialisten verlangten, daß die **deutschen Kolonien** wieder an Deutschland zurückgegeben werden. Sie haben die Sache nur vom deutschnationalen Gesichtspunkte beurteilt“ (S. 118). „Man mußte sie zu dem Geständnis bringen, daß ihre Kriegspolitik total verfehlt war, und daß es nur eine Entschuldigung für sie gäbe, daß sie von der Regierung betrogen worden seien“ (S. 120).

Wirklich krochen die deutschen Mehrheitssozialisten durch das für sie errichtete kaudinische Joch, obgleich das Kautsky noch nicht genügte. Denn er schreibt (S. 120/21):

„Sie gaben nur eine verklausulierte Erklärung ab, daß in erster Linie das österreichische Ultimatum an Serbien, die russische Mobilmachung und die darauf erfolgende **Kriegserklärung Deutschlands den Krieg hervorgerufen haben.** Sie erklärten ferner, daß der Einbruch in Belgien einen Völkerrechtsbruch darstellt, und daß alle Versuche, diesen Einfall zu rechtfertigen, mißglückt seien. Sie erklärten vor der Kommission, daß **das alte Regime für den Krieg verantwortlich** sei, und daß man über die Politik der Mehrheitssozialisten im Kriege wohl verschiedener Meinung sein könne. Endlich versprachen sie, von nun an im revolutionären Sinne zu wirken. Sie forderten daher, daß die Internationale sie anerkenne. Man antwortete ihnen, wir trauen euren Versprechungen nicht, aber wir haben Zutrauen zu den revolutionären Massen in Deutschland, auch zu den Massen, die in eurer Partei sind. Um dieser Massen willen wollen wir uns mit euch in der Internationale zusammensetzen.“

Nachdem so die deutschen Mehrheitssozialisten zu Kreuze gekrochen waren, entwürdigten sie sich noch vollends durch ihre Zustimmung zu der nachfolgenden einstimmig angenommenen Entschließung, womit sie zugleich ihre ganze Kriegspolitik verurteilten:

„**Die Konferenz von Bern erkennt an, daß für sie die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit des Krieges geklärt ist, sowohl durch die Aussprache als auch durch die Erklärung der deutschen Mehrheit, die den revolutionären Geist des neuen Deutschland und dessen völlige Loslösung von dem für den Krieg verantwortlichen alten System bekundet hat. Indem die Konferenz die deutsche Re-**

volution begrüßt und die Entwicklung der demokratischen und sozialen Einrichtungen, die sie herbeiführte, sieht sie die Bahn frei für die gemeinsame Arbeit der Internationale."

Dieser Kotau wurde vollführt vor den feindlichen Chauvinisten, die während des ganzen Krieges nicht nur weit mehr als die deutschen Sozialisten für die Verteidigung des eigenen Landes eingetreten waren, sondern auch das Instrument der Internationale zu der verlogensten Hetze gegen Deutschland benutzt hatten.

Uebertrumpft wurden sie freilich noch durch den Unabhängigen Kurt Eisner, den langjährigen Chefredakteur des „Vorwärts", der sich nicht entblödete, wörtlich folgendes auszuführen:

„Nicht die deutsche Regierung, sondern das gesamte deutsche Volk ist schuld am Ausbruch des Krieges; deshalb ist das gesamte Volk, vom Jüngling bis zum Greis, verpflichtet, Steine zu tragen für das zusammengeschossene Gebiet; auch die Gefangenen haben kein Recht, nach Hause zu verlangen, sondern müssen, und wenn es 15 Jahre dauert, das Los der Gefangenschaft tragen, bis die zerstörten Gebiete wieder aufgebaut sind, denn gerade sie haben mitgeholfen, fremdes Land zu zerstören. Wer sich aber dieser moralischen Verpflichtung, die zerstörten Gebiete mit aufbauen zu helfen, entziehen will, ist ein Feigling und Schuft."

Diese Aeußerung hat dem Volksverräter Eisner nicht nur eine ziemlich unfreundliche Zurechtweisung durch die Berner Konferenz, eingetragen, sondern der italienische Delegierte warf Eisner einen Stoß Akten an den Kopf und spuckte ihm regelrecht ins Gesicht, indem er Eisner anschrie: **„Sie sind ein Schuft, ein gemeiner Lump! Sie haben kein Recht, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen."** Einer Ohrfeige des dänischen Delegierten entzog sich Eisner durch schleunige Flucht, wobei er seinen Hut im Stiche ließ. Das landesverräterische Benehmen Eisners war natürlich Wasser auf die Mühlen der französischen Chauvinisten. Einige Tage danach wurde in den französischen Gefangenenlagern beim Appell darauf hingewiesen, daß der Vertreter Deutschlands auf der Berner Konferenz ausdrücklich zusicherte, daß die deutschen Gefangenen erst nach Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zur Rückkehr in die Heimat berechtigt seien. Die Schweizer Regierung hatte soviel Empfinden für diese schmachvolle Handlung, daß sie Eisner sagen ließ, wenn er innerhalb sechs Stunden nicht Bern verlassen habe, würde sie ihn festnehmen lassen. Darauf warf sich der „Deutsche" Eisner in sein Auto und raste über Stock und Stein dem Lande zu, das er besudelt hatte. Hätte ihm die Kugel Arcos

nicht den Lebensfaden abgeschnitten, so säße er heute wahrscheinlich mit Crispien und Konsorten in der gleichen Partei, die empört ist, wenn vom Dolchstoß die Rede ist.

Von diesem Schurkenstreich Eisners berichtete Kautsky vorsichtigerweise nichts auf dem unabhängigen Parteitag, aber „Der Deutsche Vorwärts" — nicht zu verwechseln mit dem „galizischen" „Vorwärts", Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei — hat sich das Verdienst erworben, auf Grund von zuverlässigen Informationen (in Nr. 36 v. 27. 10. 1924) die böse Rolle Eisners auf der Berner Konferenz der Vergessenheit zu entreißen. Und einem solchen Menschen wagte es Kautsky auf dem Parteitag einen ehrenden Nachruf zu widmen, da er „durch die Lauterkeit seines Charakters, durch die Kühnheit seines Handelns" die Kräfte des Proletariats zu einheitlichem Streben „im Interesse der Revolution" zusammenzufassen vermochte.

Um den Arbeitern die „idealen Ziele" der Unabhängigen in Herz und Hirn zu hämmern, beschloß ihr Parteitag eine „Programmatische Kundgebung", die auf Seite 3/4 dem Protokoll vorangesetzt ist und in dem gefordert wird:

Zusammenfassung der Arbeitermassen in den Betrieben zu „revolutionärem Handeln";

Das Rätesystem als „Träger der proletarischen Weltrevolution"; „Die Diktatur des Proletariats";

„Völlige Auflösung des alten Heeres. Sofortige Auflösung des durch Freiwilligenkorps gebildeten Söldnerheeres. Entwaffnung des Bürgertums. Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft. Selbstverwaltung der Volkswehr und Wahl der Führer durch die Mannschaft. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit";

„Wahl der Behörden und der Richter durch das Volk. Sofortige Einberufung eines Staatsgerichtshofes, der die Schuldigen am Weltkriege und an der Verhinderung eines zeitigen Friedens zur Verantwortung zu ziehen hat."

Auf der Berner Konferenz prophezeite Kautsky die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und fügte wörtlich hinzu (s. Parteitagsprotokoll S. 123): **„Der Geist der Unabhängigen wird die geeinte Partei beherrschen".**

In diesem Strome revolutionären Handelns schwamm Wilhelm Dittmann immer lustig mit. Und daß Dittmann grundsätzlich nicht vor der Gewalt zurückschreckte, sondern sie sogar befür-

wortete, bekundete er noch in der „Freiheit" (Nr. 15 vom 16. Januar 1922) wie folgt:

„Von den Rechtssozialisten wird unser Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats als ein Hindernis betrachtet. Wir bekennen uns hierzu, aber in dem Sinne des Marxschen Wortes, wonach **die Gewalt die Geburtshelferin alles Neuen ist.**"

Dittmann wird zwar, wie der in die Enge getriebene Haase, versuchen, einen Haken zu schlagen, und erklären: Ja, das war mehrere Jahre später. Während des Krieges haben wir Unabhängigen es schon so gehalten, wie ich auf Seite 42 meiner Schrift durch ein Zitat aus einer Rede Haases wiedergegeben habe: „Das alles hindert uns nicht und wird uns nicht hindern, unsere staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen, zu den Waffen zu gehen, wenn wir gerufen werden. Denn unsere Bereitschaft zur Wehrhaftigkeit hat nichts zu tun mit unserer Abstimmung, unserer sozialistisch-prinzipiellen Stellung zu den Dingen und Problemen". Abgesehen von solchem logischen Gallimathias und der bereits nachgewiesenen ganz anders gearteten Einstellung und Tätigkeit der Unabhängigen, sei auf eine im Frühjahr 1922 vom Geschäftsführer Lorenz der damals noch bestehenden Dresdener „Unabhängigen Volkszeitung" herausgegebenen Broschüre hingewiesen: „Fünf Jahre U. S. P. in Dresden", worin schmunzelnd erklärt wird, daß in Dresden 1916 die Jugendorganisation eine Mitteilung herausgegeben habe, in der die jungen Leute aufgefordert wurden,

„den Gestellungsbefehlen nicht Folge zu leisten und sich dem Militarismus nicht als Schlachtvieh zur Verfügung zu stellen".

Dittmann ist bestrebt, die meuternden Matrosen als vortreffliche, harmlose Menschen hinzustellen. Besonders hat er durch Abdruck des Abschiedsbriefes des erschossenen Matrosen Reichpietsch an dessen Eltern auf das menschliche Gefühl einzuwirken gesucht. Und wer wird nicht mit einem jungen Menschenleben Mitleid haben, auch selbst, wenn es durch die unverantwortlichen Hetzereien der Unabhängigen auf landesverräterische Bahnen gedrängt worden ist. Aber so sauber, wie Dittmann ihn schildert, steht Reichpietsch denn doch nicht da, da Admiral Brüninghaus aus den Akten nachzuweisen vermochte, daß er wegen Diebstahl mehrere Male verurteilt und schließlich zum Soldaten zweiter Klasse degradiert wurde. Aeußerste Vorsicht ist übrigens geboten,

wenn die Dittmänner sozusagen eine Leiche auf den Tisch des Hauses niederlegen. Dafür ein charakteristisches Beispiel.

Als die Wühlerei der Unabhängigen immer wüster wurde, tat dies in Neukölln auch der Genosse Klüß. Nicht nur, daß er den Militarismus und die Vaterlandsverteidigung in Grund und Boden verurteilte, sondern er bedachte auch die „Durchhalter" unter den eigenen Genossen mit den unflätigsten Beschimpfungen. Von Parteiwegen wurde ich ersucht, mich einmal in seinem früheren Wirkungskreis nach ihm zu erkundigen. Dem kam ich nach und erhielt darauf folgenden wortgetreuen Brief:

Chr. Haase & Co.
Verlag der Schlesw.-Holst. Volkszeitung

Kiel, d. 5. Februar 1916.

Lieber Kollege Kloth!

Da ich einige Tage ortsabwesend war, ist Dein Brief erst heute in meine Hände gelangt und beeile ich mich, Dir Antwort zukommen zu lassen.

Joch. Klüß war bei uns von 1893—96 Redakteur. Er ist, da er sich den Anforderungen unserer Firma nicht unterordnen wollte, gekündigt worden. Dies verhielt sich folgendermaßen. Er war stets in finanziellen Schwierigkeiten und konnte mit seiner zahlreichen Familie niemals auskommen. Er pumpte bei allen Leuten und konnte niemals etwas wieder zurückzahlen, unter anderm pumpte er bei einer großen Zahl Brauereien und Wirtschaftsbesitzern größere Beträge, die er ja nie imstande war abzutragen. Diese Leute halfen ihm auch nicht um seiner schönen Augen willen, sondern weil er Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung war. Es wurde ihm nun von den Firmenträgern der Vorschlag gemacht, die Schulden sollten vom Geschäft bezahlt werden, und ihm würde jeden Monat eine Summe in Abzug gebracht werden, er lehnte jedes Entgegenkommen ab und so sah man sich veranlaßt, ihm zu kündigen resp. ihn zu entlassen. Nun pumpte er noch mehr und pumpte auch einen ganzen Teil Parteigenossen an, darauf wurde beantragt, ihn aus dem Sozialdemokratischen Verein auszuschließen, was auch geschah, aus der Partei konnte er damals noch nicht ausgeschlossen werden, weil die Organisationsform noch eine lose war und jeder ohne Ansehen der Person Beiträge an den Vertrauensmann zahlen konnte, was Kl. denn ja auch getan hat. Im Jahre 1913 wurde er in die Partei resp. Verein wieder aufgenommen, und hat er dann auch seine agitatorische Tätigkeit wieder aufgenommen. Rücksichtslos und skrupellos, wie sein ganzer Charakter ist, hat er ja dann auch bei allen denen, die ihn nur oberflächlich kannten, immer noch Anklang und Anhang gefunden; in großen öffentlichen Versammlungen gegen die Pfaffen zu wettern, war seine Spezialität,

seine Vorträge, äußerst oberflächlich und mit großem Phrasenschwall, das ja bei manchen Leuten sehr anspricht, fanden einen großen Teil Zuhörer. Er ließ sich dann als Rechtskonsulent nieder und hat dabei **manchen armen Teufel gerupft und Preise für Eingaben und Schriftsätze genommen, die geradezu unverantwortlich waren.** Es konnte jedoch nichts gegen ihn unternommen werden, weil er es verstand, sich immer dazwischen durchzuwinden. **Er ist dann im Jahre 1911 mit seinem Bürofräulein von hier aus verschwunden und hat seine Familie in der bittersten Not zurückgelassen, so daß diese von der Armenverwaltung der Stadt unterstützt werden mußte,** und soviel mir bekannt ist, auch heute noch unterstützt werden muß. Wir erfuhren dann, daß er in Berlin sich niedergelassen hat und sehen ja nun auch, wie er sich dort bewegt. Laßt ihn ruhig der Opposition, denn die ist seiner würdig, wenn sie Jochen Klüß als Führer hat, dann kommt sie ganz sicher auf den Hund. Klüß ist Rabulist und Demagoge und paßt am besten zu **Ströbel** und wäre es für die Partei von Vorteil, solche Elemente von sich abzustoßen.

Nun fragst Du noch nach unserer Versammlung, wo **Legien** und **Ledebour** referiert haben. Du hast den Ton für Ledebour ja sehr richtig getroffen und war Legien viel zu anständig, diesem Phrasendrescher gegenüber. Unser Publikum war ja auch aus Elementen von Berlin, Bremen und Hamburg und dem ganzen Deutschen Reiche zusammengesetzt, die hier auf den Werften beschäftigt sind und sich von solchen Phrasen, wie Ledebour sie vorbrachte, begeistern lassen. Er appellierte ja an die niedrigsten Instinkte der Menschen, zog die Teuerung der Lebensmittel und die laxe Handhabung der Regierung dagegen in seinen Ausführungen und darauf bekam er Oberwasser. Karl Legien war auch nicht so darauf vorbereitet, da wir ihm ja auch immer sagten, die Opposition wäre bei uns nicht groß, darin hatten wir uns ja auch getäuscht, aber ich bin der Hoffnung, daß wir die Sache wieder ins richtige Geleise bringen werden. **Wels hat auch wegen Klüß an mich geschrieben, dem habe ich dieselbe Antwort erteilt.**

Mit besten Grüßen an Dich und alle bekannten Kollegen

Dein D. Rindfleisch.

Der verstorbene Schreiber dieses Briefes war Geschäftsführer der sozialdemokratischen „Schleswig-Holsteinschen Volkszeitung“, Stadtverordnetenvorsteher und später Stadtrat in Kiel. Auf Grund dieses Briefes wollten wir Klüß in Neukölln unschädlich machen. Paul Müller, der ehemalige Vorsitzende des Seemannsverbandes, der Reichstagskandidat in Schleswig-Holstein war und Klüß genau kannte, wollte sich letzteren in einer geschlossenen Versammlung vorknöpfen, aber der schlaue Fuchs kniff. Bald darauf wurde er mit noch mehreren Genossen ähnlichen Schlages wegen landesverräterischer Umtriebe verhaftet und, soweit ich mich ent-

sinnen kann, zu mehrjähriger Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe verurteilt.

Die Unabhängigen nahmen sich natürlich dieses „Märtyrers" an, so daß der Schriftleiter einer Gewerkschaftszeitung an mich schrieb:

„Anbei den Brief mit bestem Dank zurück. Wir haben uns davon eine genügende Anzahl Durchschläge gemacht. Das Material ist köstlich und die Charakterisierung paßt auf K. wie die Faust aufs Auge. Eine Ergänzung fehlt noch. Seine Tätigkeit als Redakteur des „Freien Gastwirt" oder vielmehr die Gründe, weshalb er dort so überraschend schnell abgegangen ist. Das ist vielleicht auch nicht so ganz einwandfrei geschehen, nun, ich will mich mal bei Gelegenheit erkundigen. Aber Rindfleisch hat schon recht: der Bruder ist den Radikalinskis zu gönnen. Wahrhaft rührend wirkt es, wenn **Stadthagen im Reichstag für diesen „Parteifreund" noch eine kühne Lanze bricht.**"

Täuscht mich mein Gedächtnis nicht, so hat sich auch Dittmann mit dem schönen Brustton der Entrüstung, der ihm eigen ist, für den „Märtyrer" Klüß im Reichstage ins Zeug gelegt. Klüß hatte nämlich den Wunsch geäußert, einmal seine Frau sprechen zu können. Das war ihm verweigert worden. Nicht lange darauf starb er. Und nun schmetterte Dittmann seine Anklagen gegen die Klassenjustiz von der Tribüne des Reichstages, die dem edlen „Märtyrer" Klüß nicht vergönnt habe, sich mit seiner verlassenen Frau auszusöhnen. Von Klüß' anrüchigem Vorleben und seinem Betrug an armen Leuten sprach natürlich der „wahrhaftige" Dittmann ebensowenig wie von den Vorstrafen des Reichpietsch.

Und die Wels und Genossen, welche doch genau über den „Parteifreund" Klüß unterrichtet waren, saßen ruhig dabei, schwiegen aus Solidarität mit den Landesverrätern oder ihren Beschützern!

Darum Vorsicht bei Dittmanns Erzählungen und „Enthüllungen"!

In der „Vorwärts"-Redaktion gibt es jetzt noch einen Klüß. Ob das ein naher Verwandter von Joachim Klüß ist, weiß ich nicht. Nach den verlogenen Berichten, die er seinerzeit über die Magdeburger Ebert-Prozesse schrieb, könnte er es sehr wohl sein.

Damit dürfte in knappen Zügen ein einigermaßen abgerundetes Bild von den Unabhängigen und ihrer Stellungnahme zur Vaterlandsverteidigung, zu den Matrosenmeutereien und zur Revolution gegeben sein, und dies Kapitel erhält wohl am besten

seinen entsprechenden Abschluß mit den zutreffenden Worten Klara Zetkins auf dem unabhängigen Parteitag von 1919 (s. Protokoll S. 138):

> **„Wir stehen der Tatsache gegenüber, daß die U. S. P. D. ein Abfallprodukt ist des geschichtlichen Zersetzungsprozesses, der geschichtlichen Auflösung der alten deutschen Sozialdemokratie.“**

Die Sozialdemokratie während des Krieges.

„Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust!“

Die Kriegspolitik der Sozialdemokratie weist keine einheitliche Linie auf und konnte sie nicht zeigen, weil sie es nicht wagte, sich mit beiden Beinen auf nationalen Boden zu stellen, wie es die feindlichen Sozialisten machten, sondern das Internationale höher stellte als das Nationale. Und vom Standpunkt der Internationale aus gesehen, waren zweifellos die Unabhängigen als die Rechtgläubigeren zu betrachten. Denn die Internationale hatte auf ihrem letzten Kongreß vor dem Weltkrieg, 1912 in Basel, ein „Manifest“ erlassen, in dem es eingangs wörtlich hieß (s. „Vorwärts“ Nr. 276 v. 26. 11. 1912):

> „Die Internationale hat auf ihren Kongressen von Stuttgart und Kopenhagen für die Arbeiter aller Länder als leitende Grundsätze für den Kampf gegen den Krieg festgestellt:
>
> „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, **alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern,** die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.
>
> Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für eine rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die **Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.**
>
> **Die Ereignisse der letzten Zeit haben mehr als jemals dem Proletariat die Pflicht auferlegt, seinen planmäßigen Aktionen die größte Kraft und Energie zu geben . . .“**

Man muß zugeben, daß sich die Unabhängigen mehr nach diesem Manifest gerichtet haben als die Mehrheitssozialisten. Ebenso fest steht aber auch, daß die „am wirksamsten erscheinenden

Mittel“ gegen den Krieg nur in einem Lande angewandt, dies Land widerstandsunfähiger machen und es schließlich der Niederlage und der Verknechtung zuführen müssen. Zumal wenn man weiß, was unter den „wirksamsten Mitteln“ alles verstanden werden konnte. Ich habe den internationalen Sozialistenkongressen in Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912) beigewohnt und weiß daher, daß der Franzose Gustav Hervé in Stuttgart als wirksamste Mittel den **Generalstreik, die Dienstverweigerung und gegebenenfalls bewaffneten Aufruhr zur Verhinderung und zur raschen Beendigung des Krieges** vorschlug. Grundsätzlich wurden diese Mittel keineswegs in Stuttgart abgelehnt, auch von den Deutschen nicht, nur befürchtete man schwere Repressalien der Regierungen, wenn ein solcher Antrag zum Beschluß erhoben wurde. Bei manchen deutschen Delegierten bestanden auch die sehr berechtigten Bedenken, gewitzigt durch Erfahrungen in der Internationale, ob im Ernstfalle gerade die Franzosen solche Mittel anwenden würden; auch dachten sie national genug, um nicht Deutschland wieder in die frühere Kleinstaaterei und Ohnmacht zurückfallen zu lassen. Wie berechtigt diese Bedenken waren, wird ja durch nichts besser bestätigt, als durch die nicht bloß nationale, sondern hyperchauvinistische Rolle, welche gerade Hervé vom ersten Tage des Krieges an gespielt hat.

Mit den Beschlüssen und Manifesten der Internationale ist freilich die auch von der Sozialdemokratie in den ersten Kriegsjahren vertretene „Politik des 4. August 1914“ nicht in Einklang zu bringen. Hier aber trifft zu, was in der gewiß unverdächtigen „Welt am Montag“ des Herrn v. Gerlach am 12. Juli 1915 der später zur Sozialdemokratie übergetretene Hans Leuß schrieb:

> „Von dem Augenblicke an, in dem der Krieg da ist, ist die Internationale selbst eine logische Unmöglichkeit, es sei denn, daß man nicht die Verpflichtung fühlt und anerkennt, sich für sein Land zu schlagen . . . Internationale und Bergpredigt passen nicht für den Krieg. Sie sind schon in Friedenszeiten schwierige Kapitel — wenn die Millionen der Volksheere gegeneinander stehen und die Staaten alles aufs Spiel setzen, dann bleibt einem nur die alte hausbackene Moral, **daß jeder sich selbst der Nächste ist. Alles, was man dagegen sagt, ist — mit Verlaub — Quatsch, und was man dagegen tut, ist ein gefährliches, schädliches Tun.**“

So dachten in ganz gesundem Instinkt der nationalen Selbsterhaltung auch beim Ausbruch des Krieges die breiten Massen

der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter. Dem mußten die Führer Rechnung tragen, wie selbst der nachherige Unabhängige, Zubeil, noch 1915 in einer Neuköllner Parteiversammlung gegen Karl Liebknecht es mit den Worten ausdrückte:

„Hätten wir die Kriegskredite verweigert, so hätten uns die Genossen auf der Straße angespuckt."

Von vornherein war der sozialdemokratischen Kriegspolitik ein kräftiger Schuß Konjunkturpolitik beigemischt. Als die lange Dauer des Krieges, verbunden mit der ungenügenden Ernährung der Bevölkerung, die Stimmung änderte, schlug sich gar mancher tapfere „Durchhalter" auf die Seite der Unabhängigen, und auch die Stammpartei selbst wurde innerlich durch die Konjunkturpolitiker und Flaumacher in ihren eigenen Reihen unterwühlt, mürbe gemacht. Außerdem betrachteten doch auch die Ebert, Scheidemann, Wels, Hermann Müller und wie sie sonst heißen, den Krieg nur als eine Episode, aus der die Internationale nach einem schwungvollen Artikel des „Vorwärts" zum 1. Mai 1917 „noch während des Krieges sich als Phönix aus der Asche zu erheben" die Kraft zeigen würde.

Im merkwürdigen Gegensatz zu der Schwärmerei für die Internationale stand allerdings das sozialdemokratische Parteiprogramm, das ausdrücklich die allgemeine Wehrpflicht forderte und in dessen parteiamtlichen „Erläuterungen" von Kautsky und Schönlank es ausdrücklich hieß:

„Ein freies Volk muß verstehen, die Waffen zu führen, seine kriegerische Tüchtigkeit ist ein Schutz und Schirm für den Frieden des Gemeinwesens. Schon dem Kinde ist die Auffassung einzuimpfen, daß es niemand verdient, ein Freier zu heißen, der nicht die Waffen zu führen und mit seinem Blut für die Freiheit einzustehen und für sie zu sterben weiß."

Und kein Geringerer als Friedrich Engels, der Freund und Kampfgenosse von Karl Marx und Mitbegründer der Sozialdemokratie, der wegen seiner militärischen Studien und Kenntnisse von seinen Genossen der „General" genannt wurde, hatte schon in seiner 1865 erschienenen Schrift „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei" sich als feuriger Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht bekannt — der er auch bis zu seinem Tode treu geblieben ist — und geschrieben:

„Man setze in jeden Kreis mindestens einen ausgedienten Unteroffizier hin, der sich zum Turnlehrer qualifiziert, und gebe ihm die

Leitung des Turnunterrichts; man sorge dafür, daß mit der Zeit der Schuljugend das Marschieren in Reih und Glied, die Bewegung eines Zuges und einer Kompagnie, die Vertrautheit mit den betreffenden Kommandos beigebracht wird . . . Wird ein guter Teil des Sommers zu Märschen und Uebungen im Terrain verwendet, so wird Körper und Geist der Jungen nicht weniger dabei gewinnen als der Militärfiskus.“

Trotzdem und trotz der Politik des 4. August brachte es Ebert fertig, in einem gedruckten „Rundschreiben der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“ (Fr. Ebert, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, Nummer 12, 10. März 1916), zu schreiben:

Zur Frage der militärischen Jugenderziehung.

„Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend hat sich erneut mit der Frage der militärischen Jugenderziehung beschäftigt. Zum erstenmal nahm sie Stellung, als im Herbst 1914 die Richtlinien des Kriegsministers erschienen und die privaten und vereinzelten Jugendwehrbestrebungen zusammenzufassen suchten. Eine Konferenz der Bezirksleitungen unserer Jugendbewegung beschloß am 25. Oktober 1914 nach eingehender Aussprache, **die Beteiligung an den in der Bildung begriffenen Jugendkompagnien abzulehnen.** Die Jugendausschüsse, die bereits ihre Beteiligung an den militärischen Uebungen zugesagt hatten, traten darauf wieder von der gemeinsamen Arbeit zurück.“

Uebrigens ist es unwahr, was das Rundschreiben Eberts betreffs der Nichtbeteiligung der Jugendausschüsse an den militärischen Uebungen sagt. Denn sein Parteifreund Haenisch schrieb am 4. Oktober 1914 in seinem bekannten offenen Brief an Radek wörtlich:

„Die proletarische Jugend in Leipzig ist nur mit äußerster Mühe davon abzuhalten, in ihren Versammlungen Lieder, wie „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Es braust ein Ruf wie Donnerhall“ zu singen . . . An den Beschluß der Jugendzentrale (Eberts — D. V.), die proletarische Jugend solle sich nicht an der jetzt ins Leben gerufenen Jugendausbildung beteiligen, haben sich in sehr vielen Bezirken unsere Leute einfach nicht gekehrt.“

So flatterte die sozialdemokratische Seele gleich einem betäubten Nachtfalter zwischen nationalen und internationalen Prinzipien hin und her und legte dadurch selbst den Grund, daß aus der national begeisterten Jugend eine Radaugarde der Unabhängigen wurde. Auch der große Scheidemann erwies sich als ein haltloses Rohr. In einem vorzüglich geschriebenen Flugblatte: „Warum wir durchhalten müssen“, das zuerst als Leitartikel anfangs 1915 im „Hamburger Echo“ erschienen war, wies er zunächst auf das Verhalten der ausländischen Sozialisten hin, die mit ihren Regierungen auf die Vernichtung Deutschlands ausgingen und

deshalb jegliche Friedensbereitschaft Deutschlands als Schwäche auslegten, und kam deshalb zu dem durchaus verständigen Schluß:

„Da fehlte in der Tat nichts weiter als eine vierte Bekundung unserer Bereitschaft zum Frieden, um die Ueberzeugung in England und Frankreich felsenfest zu machen: Deutschland kann nicht mehr, es ist am Ende seiner Kraft! Nun noch eine äußerste Kraftanstrengung der Verbündeten und die deutsche Barbarei ist vernichtet! Diese Täuschung jenseits der Grenzen könnte eine wesentliche Verlängerung des Krieges zur Folge haben. Und viele Tausende unserer Brüder, Söhne und Genossen, die im Felde stehen, müßten ihr Leben dafür opfern. Das will aber niemand bei uns. Deshalb bleibt uns gar nichts anderes übrig: wir müssen durchhalten! . . . Durchhalten, bis das Ziel der Sicherung des Vaterlandes erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind!"

Weit gefehlt, anzunehmen, daß die Sozialdemokratie nunmehr auch nach dieser besseren Erkenntnis gehandelt hätte. Im Gegenteil. Denn ausgerechnet nach dem Eintritt Italiens in den Krieg auf Seiten unserer Feinde veröffentlichte der Parteivorstand am 26. Juni im „Vorwärts" eine neue Friedenskundgebung. Dazu schrieb Hans Leuß in seinem bereits erwähnten Artikel in der „Welt am Montag":

„Was zu erwarten war, ist geschehen: die Friedenskundgebung hat gewirkt wie das Darbieten der anderen Wange nach dem Streich auf die eine. Selbst Hervé, der seiner Regierung in Paris so kräftig die Wahrheit sagt, hat für die Kundgebung des Parteivorstandes nur Hohn und Spott. Er sagt, was vor ihm schon Vandervelde mit Zustimmung der „Humanité" gesagt hat: ‚arme Unglückliche, ihr habt noch nicht begriffen, um was es sich handelt,' nämlich darum, daß Deutschland die Reichslande, die polnischen Gebiete und Nordschleswig herausgeben muß."

Am einheitlichsten und besten hielten die sozialdemokratischen Gewerkschaften stand. Sie gaben noch im Sommer 1916 in Millionenauflage ein Flugblatt heraus, das den meisten Gewerkschaftsblättern beigelegt wurde und die Ueberschrift trug: „Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914" (Verlag Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien, Berlin. „Vorwärts" Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3), und in dem es nach einer voraufgegangenen Schilderung der furchtbaren Schädigungen, die einem unterlegenen Deutschland von den Siegern bereits angedroht seien und auch zugefügt werden würden, wörtlich heißt:

„Deshalb erheischt unser Lebensinteresse ein unverbrüchliches Festhalten an der Politik des 4. August 1914, bis auch die Gegner

zu einem Frieden bereit sind, der uns die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Die Verweigerung der Kriegskredite kann nicht gerechtfertigt werden durch den Hinweis, daß gegenwärtig deutscher Boden vom Feinde nicht bedroht ist. Unser Land wird an der deutschen Heeresfront im Osten, Südwesten und Westen verteidigt. Deutschland hält diese Front, unsere Arbeitsbrüder, unsere Genossen, unsere Mitglieder verteidigen sie mit dem Einsatz ihres Lebens.

Mit der Verweigerung der Kriegskredite geben wir die eigenen Volksgenossen, unsere Verteidiger, den Feinden preis, den Feinden, die beim Zurückgehen unserer Heere an die Reichsgrenzen dort keineswegs haltmachen, sondern ihnen folgen und den Krieg in unser Land tragen würden.“

Wie ganz anders dagegen der Abgeordnete **Stücklen**, auf den sich Dittmann als Kronzeugen für die Harmlosigkeit der meuternden Matrosen beruft, da Reichpietsch auch bei ihm, dem Mehrheitssozialisten, gewesen sei. Hören wir, was die „Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz“ vom 28. 10. 1916 über Stücklen sagte:

„ . . . Es folgte sodann die Berichterstattung von der Reichskonferenz, wobei der Abgeordnete des Kreises, D. Stücklen, u. a. ausführte: **Die Kreditbewilligung habe er stets als taktische Frage angesehen.** Es sei möglich, daß er sich geirrt habe in seinen Voraussetzungen bei Anfang des Krieges. **Vielleicht hätte die Partei besser getan, sich am 4. August der Stimme zu enthalten, weil dann der Uebergang zu noch anderer Haltung leichter gewesen wäre . . .** (Es sei hierzu bemerkt, daß der Abg. Stücklen noch bis vor nicht langer Zeit die Bewilligung der Kriegskredite lebhaft befürwortet und verteidigt, und hierbei auch noch im Oktober 1915 die Zustimmung der Kreisversammlung gefunden hatte. Red. der „S.P.K.“) . . Zum Punkt Allgemeines beantragte Genosse Müller-Limbach, dem Kreisvorstand aus dem Kassenbestand des Vereins **zur Agitation im Interesse der Opposition 1000 Mk. zu überweisen. Der Antrag fand gegen 6 Stimmen Annahme.“**

Hut ab vor diesem „Volksvertreter“ Stücklen, der die Finanzierung des Krieges als eine rein „taktische Frage“ ansah und seine Meinung änderte, als er sein Mandat gefährdet glaubte! Und einen solchen Mann beließ die Sozialdemokratie als offiziellen „Sachverständigen“ für Militär- und Marinebeschwerden (wie Dittmann selbst angibt), obgleich in seiner Gegenwart und mit seiner stillschweigenden Billigung seine Fraktion als „Disziplinbrecher“ und „Parteizerstörer“ hingestellt und für die Opposition, d. h. die Unabhängigen, 1000 Mark bewilligt wurden.

Mit dem Eintritt der russischen Revolution sank das nationale Barometer der Sozialdemokratie immer mehr auf den Nullpunkt herab. Die revolutionären Triebe schossen dagegen immer mehr ins Kraut. Sagte doch auch Scheidemann in einer Sitzung des Parteiausschusses (nach dem „Vorwärts", Nr. 108 v. 21. 4. 1917) in seinem Referat über „die politische Lage und die Aufgaben der Partei" wörtlich:

„. . . **Wir haben die Resolution mit voller Absicht so gefaßt, daß sie eine Antwort darstellt auf die Beschlüsse des russischen Arbeiter- und Soldatenrates. Daher haben wir aus diesen Beschlüssen wörtlich Zitate in die Resolution übernommen. . . . Ich bitte um ihre einstimmige Annahme, sie wird ihre Wirkung nicht verfehlen.**"

Als erste Wirkung kann man wohl ansehen, daß die Sozialdemokratie es hinfort ablehnte, gegen Munitionsarbeiterstreiks Stellung zu nehmen. Nichtsdestoweniger erließ die Generalkommission mit den meisten Gewerkschaften, soweit sie nicht unter unabhängigem Einfluß standen, öffentliche Warnungen.

Unter solchen Verhältnissen ist es erklärlich, daß man in sozialdemokratischen Führerkreisen dem Treiben der Unabhängigen auf der Flotte mit einem gewissen Wohlwollen gegenüberstand und Ebert und Genossen bei den Matrosenmeutereien alles getan haben, um ihre unabhängigen Genossen zu decken und vor Strafe zu bewahren.

Das Verhängnis nahm nun seinen Lauf. In bürgerlichen Kreisen hat man vielfach angenommen, daß Unabhängige und Sozialdemokraten etwas Grundverschiedenes seien; das ist ein Fehlurteil. Denn beide sind einem Stamm entsprossen, was am besten durch die Rückkehr der Unabhängigen in den Schoß der Mutterpartei bewiesen wird. Selbst während des Krieges war die Sozialdemokratie bereit, sich den Unabhängigen zu unterwerfen. Erklärte doch Ebert auf dem Würzburger Parteitag laut „Vorwärts" (Nr. 285 v. 17. 10. 1917):

„**In der Fraktion haben wir es als selbstverständlich erklärt, daß, wenn die Minderheit zur Mehrheit werden sollte, wir uns natürlich unterwerfen werden. Aber Spott und Hohn war die Antwort auf alle unsere von warmer Liebe zur Partei eingegebenen Bemühungen. (Sehr richtig!)**"

Also die Sozialdemokratie war dementsprechend schon spätestens im Oktober 1917 bereit, mit den Unabhängigen eine

geschlossene Front zur Sabotierung der Vaterlandsverteidigung zu bilden. Etwa drei Monate später zeigte sich das ja auch beim **Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918,** wo beide Parteien gemeinsam den Streik führten. Auch die Gewerkschaften waren mit im Bunde, denn seit den Stockholmer Sozialistenkonferenzen im Sommer 1917 und der „berühmten“ Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 schwenkten sie immer mehr ins Flaumacherlager über. Das alles ist zwar in den Magdeburger Ebert-Prozessen bestritten worden und wird jetzt noch bestritten, allein aus den von Ebert und seinen Freunden selbst als authentisch anerkannten stenographischen Berichten des Reichstages, Artikeln des „Vorwärts“, Parteivorstandsberichten usw. geht doch unwiderleglich hervor, daß

Ebert und Scheidemann im Hauptausschuß des Reichstages mit dem Generalstreik gedroht;

daß Ebert mit in der Streikleitung gesessen, die Streikenden zum Ausharren ermuntert;

daß der Parteivorstand ausdrücklich in seinem gedruckten Bericht an den Parteitag 1919 erklärt hatte:

„Erst der Zutritt der Parteileitung, ihr offenes Bekenntnis zu der Sache der Arbeiter gab jener Bewegung, die unabwendbar geworden war, ihren Umfang und Bedeutung“;

daß Parteivorstand und Generalkommission der Gewerkschaften den Streik nicht verhindern, sondern ihn zu einem „vernichtenden Schlag gegen die Regierung“ benutzen wollten.

Daß dieser „vernichtende Schlag“ — siehe Revolution vom 9. November — damals noch nicht gelang, war nicht etwa den Herren Ebert, Scheidemann, Bauer und Genossen zu verdanken, wie Scheidemann mit Pathos in Magdeburg verkündete, sondern der Regierung, besonders dem Minister Wallraf. Das geht mit unzweifelhafter Deutlichkeit aus zwei nicht nur dem Sinne nach, sondern auch fast wörtlich gleichlautenden Erklärungen von berufener Partei- und Gewerkschaftsseite hervor. Man urteile selbst:

Scheidemann in seinem Buche „Der Zusammenbruch“, Seite 63 (betrifft den Aprilstreik der Munitionsarbeiter 1917,

gleich nach der russischen Revolution — wohlgemerkt): „In einer Besprechung mit der Generalkommission der Gewerkschaften hatten wir abgelehnt, uns an einem gemeinsamen Aufruf gegen den Streik zu beteiligen."

Seite 75 (betrifft den Generalstreik 1918): „Zu irgendwelchen Verhandlungen mußte es aber kommen, wenn der Streik nicht sang- und klanglos zusammenbrechen sollte."

Seite 77: „Der Streik war ein schwerer Schlag für die Regierung und die sogenannte Vaterlandspartei; er hätte aber mehr sein können, nämlich ein vernichtender Schlag."

Und nun zu Gustav Bauer, dem zweiten Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, der mit in der Streikleitung saß, und in der berühmten Konferenz der Gewerkschaftsvorstände am 1. Februar 1918 den Bericht über die Verhandlungen der Streikleitung mit der Regierung gab. Diesbezüglich heißt es in der Schrift „Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralvorstände. Berlin 1919, Verlag Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien)", auf Seite 82: „Bauer gibt den einleitenden Bericht . . . Eine Notwendigkeit, sich wie in früheren Fällen gegen die Streiks zu erklären, lag zunächst nicht vor",

und auf Seite 83: „In der Debatte wird allgemein die Stellungnahme der Generalkommission gebilligt. Um zu verhüten, daß der Streik nach außen hin nicht sang- und klanglos endet, wird auch die Teilnahme von Bauer bei den in Aussicht genommenen Verhandlungen für zweckmäßig erachtet." — Als Bauer von den Verhandlungen zurückkehrt und darüber berichtet, erklärt er bekümmert: „Inzwischen ist mit der Militarisierung der Betriebe bereits begonnen. Damit dürfte der Streik leider ohne Abschluß versanden."

Dies „leider" ist unbezahlbar. Derselbe Bauer erklärte als Zeuge in Magdeburg, Parteivorstand und Generalkommission hätten alles getan, um den Streik schnellstens zu beenden.

Die blanke Tatsache ist die: der Generalstreik konnte nicht seinen Zweck erreichen, weil damals das staatliche Gefüge noch zu kräftig war; der Streik mußte sang- und klanglos zusammenbrechen, weil die Gewerkschaften keine Streikunterstützung zahlen

Alt-Reichskanzl.

konnten und durften und der Ausfall des Lohnes die Massen wieder zur Arbeit treiben mußte. Das ist die Wahrheit.

Nur der Eintritt des Parteivorstandes und der Generalkommission verhalf dem Streik zu einem größeren Umfang und zu längerer Dauer.

Die Revolution vom 9. November 1918

ist gleichfalls gemeinsam von Unabhängigen und Sozialdemokraten gemacht worden. Jetzt wird auch das manchmal, je nachdem, wie es trifft, bestritten, während früher der Streit zwischen den beiden feindlichen Brüdern darum ging, wer den Vorrang dabei gehabt. Zum Zeugnis dessen sei auch hier wiedergegeben, was Ebert selbst darüber gesagt. Nach einem Bericht des „Vorwärts" vom 29. November 1918 (Nr. 328) erklärte der damalige Volksbeauftragte, nachherige Reichspräsident, Genosse Fritz Ebert, in einer Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses gegenüber Behauptungen der damaligen Unabhängigen Sozialisten, sie hätten „die Revolution gemacht", folgendes:

> **„Die Initiative zu den Vorgängen in Berlin ist von der Sozialdemokratischen Partei ausgegangen. Am Freitag vor dem Revolutionsabend stellten wir das bekannte Ultimatum, dessen Folge es war, daß wir die Leitung der Regierung in die Hände bekamen. Unter diesen Umständen nahmen wir Fühlung mit den Unabhängigen wegen ihrer Beteiligung an der Regierung. Erst am Sonntag kam es dann zu einer Vereinbarung. Das muß festgestellt werden, weil die Dinge draußen vielfach so dargestellt werden, als hätten „die Unabhängigen die Revolution gemacht" und hätten uns erst nachgezogen."**

Als Reichspräsident, Minister oder sonstige hohe Amtsperson, wo man den Ordnungsmann mimen muß, erinnert man sich solcher Aeußerungen nicht mehr gerne, weil der „Plebs" sich auf solche Vorbilder berufen und auch für sich das Recht auf Meutereien, Putsche und Revolution in Anspruch nehmen könnte. Was liegt da näher, als auch die Brüder in St. Marx von links von aller Schuld und Fehle freizusprechen und ihre sehr anrüchige Vergangenheit mit dem Schimmer blütenweißer Unschuld zu umkleiden. Man merkt leicht die Absicht, braucht aber nicht ver-

stimmt zu werden, sondern stellt mal eine kleine Blütenlese von Urteilen der SPD.-Leute über ihre USPD.-Genossen zusammen, worauf man schon erkennen wird, wie es um die Unschuldslämmer von der USPD. bestellt ist.

*

Die Sozialdemokratie über die Unabhängigen.

Wenn zwei sich streiten, erfährt der dritte die Wahrheit, die auch aus einem Leitartikel spricht, welchen der „Vorwärts" (Nr. 140 v. 17. 3. 1919) mit der Ueberschrift: „Die Unabhängigen" über diese veröffentlichte und in dem folgende kennzeichnende Stellen vorkamen:

„Vor dem Kriege bildeten die Leute, die heute das Gros der Unabhängigen umfassen, das orthodoxe Element der Partei, das vergnüglich mit den Bällen zu Phrasen erstarrter Gedanken spielte und im übrigen **die Welt für einen großen Zahlabend hielt.** Aller Vertiefung und geistigen Weiterentwicklung der Partei setzten sie den hoheitsvollen Widerstand ihrer grundsatztreuen Vollendung entgegen, für die es dank dem Katechismus in der Westentasche grundsätzlich keine Probleme gibt.

Ihren ersten Schiffbruch erlebten sie beim Ausbruch des Krieges. Sie stimmten allesamt für die Kredite, nicht aus Prinzip, wie die Männer, die dieses Prinzip durch Nöte des Krieges und des Ansturms aus eigenem Lager hochgehalten haben, **sondern aus Angst und weil die Konjunktur es damals verlangte.** In dem Maße, wie die Unmöglichkeit offenbar wurde, den Krieg zu raschem, gutem Ende zu führen, wuchs der Mut der Unentwegten, sich wieder sogenannter Grundsätze zu besinnen. Allerdings äußerst bedingt, so wollte Herr Ledebour erst die Russen an die Oder kommen lassen, um sie dann zu schlagen. Jedenfalls erkannten sie wieder die Konjunktur, die ihnen die wachsende Kriegsmüdigkeit bot, und dachten der schönen Zeiten, wo man noch protestieren konnte, ohne verantworten zu brauchen. Saboteure der Arbeit der einen, Verräter an der Aktion der anderen, für die sie intellektuell verantwortlich sind — das sind die Unabhängigen, das ist ihre wilhelminische Politik des „Immer feste druff!" und „Das habe ich nicht gewollt!"

Der Proletarier aber zahlt die Zeche mit Blut und Leben. Ist das Schießen vorbei, dann kommen sie mit der weißen Fahne, Beitrittserklärungen und Abonnementsquittungen für die „Freiheit"."

Aber schon früher hatte man von rechts und links die wahre Natur der Unabhängigen erkannt. Druckte doch der „Vorwärts" vom 24. Mai 1917 mit Wohlbehagen unter der Ueberschrift:

„Angenehme Schlafkameraden“ einen Artikel der linksradikalen Bremer „Arbeiterpolitik“ ab, in dem es u. a. hieß:

„Daß die neue Partei der Unabhängigen eine bloße Kopie der Sozialdemokraten ist, eine Kopie, die sich nur in der komischen Gespreiztheit, mit der sie die Interessen des Proletariats zu vertreten vorgibt, von der alten Partei unterscheidet, ist vom Augenblick ihrer Geburt an klar gewesen.

Sie ist im wesentlichen schon heute eine Versorgungsanstalt für verkrachte Parteiexistenzen.

Dem Abgeordneten Dittmann besonders wird das Stammbuchsprüchlein gewidmet, es sei nichts komischer als ein Esel, der sich einbildet, durch sein I—A immer wieder betonen zu müssen, daß er auch wirklich und ganz zuverlässig ein Esel sei.

So die „Arbeiterpolitik“! Und denen zuliebe haben sie die Partei zerschlagen wollen!“

Der jetzige sozialdemokratische Führer im Preußischen Landtage, Heilmann, bezeichnete in der „Glocke“ vom 24. Mai 1919 die Unabhängigen als die

„Organisatoren der Desertion für den deutschen Zusammenbruch . . . Die Unabhängigen haben während des Krieges gepredigt, auf allen Gassen und in allen Tonarten: dem Arbeiter kann es gleichgültig sein, ob Deutschland siegt oder besiegt wird, der Krieg geht nur die Kapitalisten an. Jetzt stirbt der deutsche Industriearbeiter an der Niederlage . . . Die Lüge, daß nur deutsche Eroberungssucht den Krieg verlängerte, liegt heute klar zutage.“

Und eine hervorragende Genossin, Oda Olberg, die als Frau eines Italieners während des Krieges in Rom verweilt hatte, schrieb nach Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit als Korrespondentin des „Vorwärts“ am 16. Oktober 1919 in diesem Blatte:

„Daß das Vaterland in Not jedes Gefühl internationaler Gemeinschaft in schemenhafte Ferne rückte, wie ich auch heute fühle und weiß, daß jede Kränkung, Bedrückung und Beeinträchtigung eines Volkes sein nationales Gefühl steigern muß bis zum Fanatismus und daß sich eine wirklich in den Herzen wurzelnde internationale Gemeinschaft auf dem Verstehen und Achten jeder Nationalität bilden kann, nie aber ausgehen kann vom Nichtverstehen und Nichtachten des eigenen Volkstums.

. . . Aber vergessen kann ich es nicht, daß unseres Volkes Feinde die Worte und Taten der Unabhängigen gegen Deutschland gewendet haben in unseres Landes schwersten Stunden.“

Die Dittmänner werden lächeln über solche Gefühle, die ihnen völlig fremd sind. Als Beweis für ihre zweideutige Rolle, welche sie bei den Matrosenmeutereien spielten, kann auch ihre Rolle

während der Revolution ausgeführt werden, wovon die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme“ seinerzeit folgendes erhebende Bild erbrachte:

„Der vielfache Millionär Paul Cassirer hat einen eleganten Klub gegründet, in dem der elegant gekleidete Teil der Berliner Unabhängigen sich ein Stelldichein gibt. Dort wurde neulich in einem Raum, dessen luxuriösen Stil der Geist von Cassirers graziöser Gattin, der unvergleichlichen Schauspielerin Tilla Durieux, die Herr v. Jagow einst vergeblich zu minnen suchte, beherrscht. In der Bellevuestraße im Berliner Westen hat der Klub Cassirer eine ganze Etage gemietet, in der jüngst verabredet wurde, wer die neue Revolutionsregierung übernehmen solle.

Im Club Cassirer, von dem gewöhnliche „Proleten“ ferngehalten werden, wie ein Komposthaufen vom Speisezimmer des Königs von England, verkehren Herr Dr. Breitscheid, Exminister Simon, der Chefredakteur der „Freiheit“, Dr. Hilferding und Heinaut v. Gerlach, der in seiner „Welt am Montag“ alle Parteien außer die Unabhängigen und Kommunisten herabsetzt.

Die Verschwörer des Klubs Cassirer lieben nicht Gewalt. Sie wollen die „Revolution weitertreiben“, indem sie den Kommunisten und erregten Proletariern, die die „Freiheit“ lesen, überlassen, sich gegen die Maschinengewehre der „Noske-Garde“ aufzureiben. **Mißlingt der Putsch, so legen sie in der „Freiheit“ dar, daß sie die kommunistische Taktik immer schon ablehnten. Glückt die Revolte, so stürzen sie vom Klubsessel in der Bellevuestraße schnell auf und eilen spornstreichs auf die Straße mit dem Rufe: „Genossen, wir haben gesiegt!“**

Und dann verteilen die Mitglieder des Klub Cassirer untereinander die Ministerposten und sonstigen Stellen der Staatswürdenträger. Einstweilen werden die Herren, wenn sie einander begegnen, nur lächeln, wie die römischen Auguren, jene Wahrsager, die sich gegenseitig kennen.“

Aehnlich, wie hier geschildert, verhielten sich die unabhängigen Führer auch beim **Sturm auf den Reichstag am 13. Januar 1920, der 22 Tote, 2 Vermißte und 50 Verwundete kostete, worunter freilich kein einziger der unabhängigen Führer war,** die zwar die Massen aufgehetzt, sich bei drohender Gefahr jedoch feige gedrückt hatten. Sie suchten das abzustreiten, wie jetzt ihre Schuld an den Matrosenmeutereien, allein der damalige sozialdemokratische Reichskanzler Bauer schleuderte ihnen in öffentlicher Reichstagssitzung nach dem „Vorwärts“ (Nr. 25 v. 14. 1. 1920) die Anklage ins Gesicht:

„Der traurige Ruhm, die Untat begangen zu haben, fällt auf die Unabhängigen! . . . Vor der ganzen Welt und vor dem ganzen

deutschen Volke stelle ich fest, daß die Schuld daran nur die Unabhängige Partei trifft. Vor aller Welt rufe ich aus, daß allein auf die Unabhängigen das Blut der gestrigen Opfer fällt. Die Unabhängigen werden diesen furchtbaren Fleck nicht abwaschen können. Sie tragen für immer das Kainszeichen an der Stirn. **Sie haben ihre Opfer vor den Reichstag getrieben und schließlich in den Tod gehetzt. Ich habe Beweise! . . . Ihre Führer haben sich aber wohlweislich im Hintergrunde gehalten.“**

„Hasardeure der Revolution.“

Unter dieser Ueberschrift gab der „Vorwärts“ (Nr. 60 vom 2. Februar 1920) zustimmend Aeußerungen Wolffheims in der Hamburger „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ über die blutigen Vorgänge vor dem Reichstage am 13. Januar 1920 wieder, wozu er seine eigenen Bmerkungen machte. Es hieß darin:

„Die gesamte Führung lag allein in den Händen der Unabhängigen, und was bei der Führung dieser gewaltigen Massendemonstration versäumt worden ist, fällt einzig und allein zu ihren Lasten“ . . . — Ueber die feigen Führer der Unabhängigen bricht Wolffheim folgendermaßen den Stab: „Drinnen im Hause aber die durch Immunität geschützten Herren Abgeordneten in dem wohligen Bewußtsein, daß diese ungeheueren Menschenmengen sie als ihre Führer anerkennen, und trotzdem nicht das geringste tun, um sich des in sie gesetzten Vertrauens der Massen würdig zu erweisen.“ — **„Die Egoisten schicken eben schlau die Massen, um mit Henke zu reden, in „Tod oder Sieg“. Kommt der „Sieg“, dann setzen sich die Vorsichtigen in die Klubsessel der Ministerien. Kommt der „Tod“, dann müssen die anderen in das Gras beißen. Geyer und Luise Zietz begnügen sich damit, die Leichenreden zu halten.“**

„Wo waren die unabhängigen Führer?“

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte der „Vorwärts“ (Nr. 30 vom 17. Januar 1920) die Zuschrift eines alten Parteigenossen, in der es u. a. hieß:

„Wie war das aber früher? Da haben die Parteigenossen stets verlangt, daß ihre Vertrauensleute, ihre Abgeordneten, an der Spitze der Züge marschierten, da wurde bis ins kleinste vereinbart Zweck und Ziel der Demonstration, ihr Anfang und ihr Ende. Und wehe dem, der gegen die Zwecke der Demonstration die anderen in Gefahr gebracht hätte! Wie war das diesmal bei den Unabhängigen? Ich sah keine der vielen mir persönlich bekannten Führer oder Vertrauensleute. Ich sah keinen Dr. Kurt Rosenfeld und erinnerte mich einer entrüsteten Auseinandersetzung, die im November

1918 der Abgeordnete Brühl-Niederbarnim mit Rosenfeld hatte, als er ihn anbrüllte: „So, jetzt kommst Du, wo die Gefahr vorüber ist, jetzt willst Du wohl mit Reden wieder Lorbeeren holen?“

Unehrliche demagogische Politik.

„In Wahrheit ist die unabhängige Politik nichts weiter als die unehrlichste demagogische Ausnutzung jeder politischen Situation für ihre Parteiagitation, ohne Rücksicht darauf, ob heute das Gegenteil des gestrigen Grundsatzes vertreten wird. Ihr alleiniges Ziel ist die Vertiefung eines fanatischen Hasses gegen die S. P. D. in ihrer Anhängerschaft. Gleichgültig ist es den „revolutionären“ Propheten der Diktatur, ob dabei die Interessen der Arbeiterklassen mit Füßen getreten werden. Arbeiter, wacht auf, erkennt den Betrug, hinaus aus der U. S. P. D.!“ („Vorwärts“, Nr. 312, vom 22. Juni 1920.)

Unabhängige Landesverräter und Denunzianten.

Nachfolgend seien einige Urteile der Sozialdemokratie über landesverräterische Umtriebe und planmäßige Hintertreibung eines für Deutschland erträglichen Friedensabschlusses wiedergegeben:

„Vorwärts“ Nr. 453 vom 5. 9. 1919: „Außer einer Anzahl Unabhängiger in der Pfalz haben sich auch Führer der Unabhängigen in Köln bereitgefunden, in Gemeinschaft mit den Klerikalen und im Dienste Frankreichs am Bau der rheinischen Republik mitzuarbeiten. Es sind dies: O. H. Müller, früherer Vorsitzender der U. S. P. in Köln; Joseph Smeets, der im Namen der U. S. P. bei allen Behörden beglaubigt war; Lesimple, Vertreter der U. S. P. im Arbeiterrat beim Kölner Regierungspräsidenten, und Eidneyer, Vorsitzender der Preßkommission des Kölner U. S. P.-Blattes. Das Bankhaus Joseph Zettel teilt mit, daß es Spenden für diesen Rheinlandsbund der Unabhängigen entgegennehme.“

Aus einem Flugblatt, unterzeichnet: „Der Bezirksvorstand der S. P. D. — Bezirk Groß-Berlin“ vom Juli 1919:

„Wenn die Regierung diesen Frieden unterzeichnet hat, so geschah dies ja unter dem allerstürmischsten Drängen der Unabhängigen, die vom ersten Tage an gar nicht laut genug hatten rufen können: „Wir müssen unterzeichnen!“ Gerade durch dieses voreilige Geschrei sind die Unabhängigen unseren Unterhändlern in Versailles in den Rücken gefallen, die Unabhängigen tragen die Schuld daran, wenn unsere Unterhändler nicht mehr für das deutsche Proletariat retten konnten, als sie gerettet haben.“

In einem andern sozialdemokratischen Flugblatte wurde auch der Grund angegeben, weshalb die Unabhängigen sich so in den Dienst Frankreichs stellten:

„**Damit Clemenceau einem ihrer Oberbambusen, etwa dem mehrfach vorbestraften Herrn Emil Barth, gnädig auf einen Ministersessel verhelfe, denunziert das Schund- und Schandblatt die deutsche Regierung wissentlich falsch einer hinterlistigen Umgehung des Friedensvertrages.** Aber von einer „Freiheit“ war nichts anderes zu erwarten. Einzig und allein von dem Wunsche beseelt, sich bei unseren Gegnern lieb Kind zu machen, ist ihr jedes Mittel recht, auch das schmutzigste. **Und gibt es etwas Schändlicheres, als die eigenen Volksgenossen beim Feinde anzuschwärzen?** Jeder anständige Mensch muß sich von derartigen erbärmlichen Kreaturen voll Verachtung abwenden! Die „Freiheit“ erweist sich damit als **hochverräterische Denunziantin!**“

Wie das verheißene „Neue“, das Dittmann und Genossen dem deutschen Arbeiter als Danaergeschenk gebracht haben, sich auswirkt, darüber liegen zwei Zeugnisse vor: eins von dem Kommunisten und früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Rühle und das andere von der Sozialdemokratischen Partei, welche die Rühleschen Aeußerungen in einem Flugblatt („Worte und Taten der U. S. P.“, Druck: „Vorwärts“ Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68) wie folgt zustimmend abdruckte:

Der Friede von Versailles ein U. S. P. - Frieden.

„Der Kommunistenführer Rühle, der frühere Reichstagsabgeordnete für Pirna, veröffentlicht in der „Aktion“ einen Aufsatz, in dem er **die Schuld am Abschluß des Schmachfriedens von Versailles sehr richtig der U. S. P. zuschiebt.** Er nennt ihn darum den U. S. P.-Frieden. Die Wirkung dieses Friedens kennzeichnet Otto Rühle wiederum sehr richtig in folgender Weise:

> „Das Volk geht langsam aber unaufhaltsam zugrunde. Das Ende ist ein dumpfes Dahinvegetieren in hoffnungsloser Sklaverei. Man sage nicht, daß dies Schwarzmalerei sei. Auch Griechenland, Karthago und Rom sind zugrunde gegangen, sie waren größer als Deutschland . . . Das sind die Perspektiven, die sich uns eröffnen. Und wem verdanken wir sie? Der U. S. P. und ihrem U. S. P.-Frieden.“

Mit dieser kleinen Auswahl aus den zahlreichen sozialdemokratischen Urteilen über die Unabhängigen mag es sein Bewenden haben. Sie dürften ja auch genügen, um zu zeigen, daß noch vor einigen Jahren die S. P. D. ihre jetzigen Bundesgenossen

ganz anders als heute und viel zutreffender kennzeichnete. Woher dieser Umschwung? Das wird in einem nachfolgenden Kapitel noch kurz zusammengefaßt werden.

*

Meine Beobachtungen und Erfahrungen während des Krieges.

Ich war in den vorhergehenden zehn Jahren und während des Krieges Erster Vorsitzender des Deutschen Buchbinderverbandes und hatte als solcher den Sitzungen der gewerkschaftlichen Vorstände-Konferenzen beizuwohnen, an der nur die Hauptvorsitzenden der Gewerkschaften mit der Generalkommission der Gewerkschaften teilnahmen. Gewöhnlich wohnte diesen Konferenzen auch ein Vertreter des Parteivorstandes, meistens Ebert, bei. Seit Mai 1915 mußte ich auch noch nebenamtlich, weil der Schriftleiter zum Heeresdienst eingezogen wurde, die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung" mit besorgen. Durch diese Aemter stand ich mitten drin im Gewerkschafts- und Parteibetriebe und darf mir daher wohl ein Urteil über die Vorgänge während der Kriegszeit und der Revolution erlauben.

Und da muß ich denn doch sagen: es wäre damals jeder für beschränkt erklärt worden, der die Absicht der Unabhängigen, auch bevor sie sich als Partei konstituierten, bestritten hätte, die Vaterlandsverteidigung zu sabotieren. Der Beweise für diesen Zweck der Uebung sind so zahlreiche, daß man viele Seiten damit füllen könnte.

Schon bald nach Ausbruch des Krieges begann die Wühlerei, und als Betätigungsfeld hatte man sich nicht zuletzt die Gewerkschaften auserseben, ausgehend von der „Zellentheorie", wonach in den Betrieben die Arbeiter am leichtesten zu beeinflussen seien und am gefährlichsten werden könnten — „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will." Mein Vorgänger in der Redaktion der „Buchbinder-Zeitung" war schon mit allerlei Drohbriefen bedacht worden ob seiner „sozialpatriotischen" Schreibweise. Mir ging es erst recht so, weil ich mich von vornherein sowohl als Verbandsvorsitzender und nachher auch als Redakteur aus voller Ueber-

zeugung und rücksichtslos auf den Boden der Vaterlandsverteidigung bzw. der Politik des 4. August 1914 gestellt hatte.

Die erste große Kundgebung der im geheimen organisierten Parteiopposition war ein offenes Schreiben derselben „An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ und „An den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Berlin“, das an „sämtliche Redaktionen der deutschen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen“ mit der Bitte um Abdruck im Juni 1915 gesandt wurde. Zahlreiche Unterschriften von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären waren dem Schreiben angefügt, darunter nicht weniger als sieben Redakteure vom „Vorwärts“ und fünf von der „Leipziger Volkszeitung“. Schon in dieser ersten Kundgebung zeigten die unabhängigen Herrschaften ihre angeborene „Vorsicht“ — manche nennen es Feigheit —, sich selbst weit vom Schuß zu halten und andere die Suppe auslöffeln zu lassen, die sie eingebrockt haben. Denn die „Leipziger Volkszeitung“, die lauteste Ruferin im Streit, entblödete sich nicht zu schreiben:

„Wir können die Bitte um Abdruck mit Rücksicht auf die Grenzen, die uns der Kriegszustand zieht, leider nicht erfüllen.“

Ich habe seinerzeit in der „Buchbinder-Zeitung“ (Nr. 26 v. 27. 6. 1915) dies „mutige“ Verhalten nach Gebühr gekennzeichnet. — „Ich bitte dich, St. Florian, verschon mein Haus, zünd andere an!“

Je länger der Krieg dauerte, je mutiger wurde die **„Sekte der Selbstbespucker“, die einen „Haufen von Demagogie, Unehrlichkeit und offenem Verbrechertum hinter sich herschleppt“,** wie Heilmann in der „Glocke“ von den Unabhängigen schrieb; je unflätiger wurden aber auch ihre Anwürfe gegen die „Durchhalter“. Es seien hierfür einige Zitate angeführt, welche die parteiamtliche „Sozialdemokratische Korrespondenz“ im Juni 1916 aus unabhängigen Schriften zusammenstellte und als Sonderabdruck der Partei- und Gewerkschaftspresse zugehen ließ. Da wird von der

„verlogenen Legende der vaterländischen Interessen“

gesprochen. Die Anhänger der Politik des 4. August 1914, also die Anhänger der Vaterlandsverteidigung, werden in einem Flugblatt, überschrieben

„**Hundepolitik**",

wie folgt gekennzeichnet:

„Die . . . David-Landsberg-Scheidemann haben alle Staatsanwälte übertroffen, alle Polizeipräsidenten beschämt, den seligen Tessendorf nachträglich zum Waisenknaben gemacht. Wehe, wenn diese Kerls das Bismarcksche Sozialistengesetz zu handhaben gehabt hätten! Sie hätten sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten und Redakteure ins Zuchthaus gesteckt, sie hätten unsern August Bebel, unsern alten Liebknecht an den Galgen gebracht. — Ein Hund ist, wer die ganze Vergangenheit seiner Partei, wer alles, was ihr ein Menschenalter heilig war, auf Kommando der Regierung abschwört, begeifert und in den Kot tritt. **Hunde sind und bleiben demnach die David, Landsberg und Genossen. Und sie werden sicher von der deutschen Arbeiterschaft, wenn der Tag der Abrechnung kommt, den verdienten Fußtritt bekommen.**"

Und wenn Parteivorstand und Generalkommission vor solchen geheim schleichenden Flugblättern und ihren ungenannten Verfassern und Verbreitern warnten, flugs brachten die Unabhängigen in allen Gewerkschaftsversammlungen infamierende Entschließungen ein, von denen ich nachstehend eine Probe geben will, die trotz des Widerspruches von Robert Schmidt, des nachherigen Reichswirtschaftsministers, der als Referent in der Versammlung anwesend war, von einer am 29. August 1916 tagenden Generalversammlung der Berliner Buchbinder angenommen wurde und die da lautet:

„Im „Vorwärts" vom 26. Juli 1916 veröffentlicht die Generalkommission in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand einen Aufruf an die Arbeiterschaft Deutschlands, in welchem sie dieselbe warnt, sich durch das Treiben der Protest- und Generalstreikapostel nicht zu übereilten Handlungen verleiten zu lassen. Die Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des Deutschen Buchbinderverbandes erblickt hierin eine feige Denunziation an die Aufsichtsbehörden, um unter dem Schutze des Belagerungszustandes die Männer und Frauen, welche ihr Ganzes einsetzen, um die Arbeiterschaft wachzuhalten, damit sie nicht auch noch von den eigenen Volksgenossen unter die Räder geschoben wird, der heutigen herrschenden Staatsgewalt auszuliefern. Institutionen, welche mit Denunziationen gegen ihre Widersacher zu Felde ziehen, haben aufgehört, die Achtung der Arbeiterschaft zu genießen, und erklärt die heutige Generalversammlung, falls sich derartige entwürdigende Handlungen wiederholen sollten, alles aufzubieten, um diese Vertrauensämter mit Männern und Frauen zu besetzen, welche das Vertrauen der Arbeiterschaft genießen und dieser hohen Ehre sich würdig gezeigt haben."

Bekanntlich wurden ja auch Ebert und Wels aus ihrer Gewerkschaft ausgeschlossen, weil sie zu den „Sozialpatrioten“ gehörten und dadurch angeblich Arbeiterverrat begangen haben sollten.

Auch ich sollte im April 1917 durch den Ausschuß des Buchbinderverbandes, der seinen Sitz in Leipzig, der Hochburg der Unabhängigen, hatte, meines Amtes als Redakteur der „Buchbinder-Zeitung“ enthoben werden, da ich mich durch keinerlei Angriffe und Maßnahmen in meiner vaterländischen Haltung beirren ließ, weil ich damit auch zugleich den Belangen der deutschen Arbeiter am besten zu dienen glaubte. Man kann es mir glauben, leicht war eine solche Stellungnahme nicht angesichts der durch die Ernährungsschwierigkeiten und die Hetze der Unabhängigen und der ihnen wesensverwandten Spartakisten sich täglich verschlechternden Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Man setzte dabei seine Existenz aufs Spiel. Das wußte ich, und es wurde ja auch auf dem ersten Verbandstag nach der Revolution Wirklichkeit, wo ich nicht wiedergewählt wurde als Verbandsvorsitzender, obgleich selbst die Herren Unabhängigen mir das Zeugnis ausstellten, daß ich in gewerkschaftlicher Beziehung immer meine volle Pflicht getan habe.

Schließlich will ich noch an einer Gegenüberstellung nachweisen, wie sich auch innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie die Stimmung wandelte, um nicht den Anschluß zu versäumen, wenn es anders kommen sollte, wie man ursprünglich angenommen. Noch im Sommer 1916 gab der sozialdemokratische Wahlkreisverband für Teltow-Beeskow-Storkow ein Flugblatt gegen Munitionsarbeiterstreiks an die „Arbeiterinnen und Genossinnen“ heraus, in dem es hieß:

„Man fordert die Munitionsarbeiter auf, die Arbeit einzustellen. Das führe den Frieden herbei. Ihr Frauen, bedenkt! Kann das wahr sein? Nein, es ist es nicht, kann es nicht sein! Aber was wäre die Folge? Unsere Männer und Söhne an der Front machte es wehrlos. Es schlägt ihnen die Waffe aus der Hand, mit der sie nicht nur uns, sondern auch das eigene Leben verteidigen. Ohnmächtig fielen sie den Waffen der Gegner zum Opfer, wehrlos abgeschlachtet von den afrikanischen und asiatischen Hilfsvölkern derselben. Das Blut drängt schneller zum Herzen bei dem bloßen Gedanken daran. Und ihr Frauen, die ihr selbst, deren Männer und Söhne in der Munition tätig seid, wollt Ihr das Leid Eurer Schwestern vergrößern, wollt Ihr Euch beim Anblick schwarz gekleideter,

weinender Kinder sagen: sie weinen um den Vater; er fiel vielleicht nicht ohne Deine Schuld?

Ein Interesse an der Wehrlosmachung unseres Heeres haben nur unsere Feinde. Sie wünschen sie, sie hoffen darauf. Darum darf diese Hoffnung sich nicht erfüllen!"

Und nun das Gegenstück dazu, das keines Kommentars bedarf, weil es die Verpönung des vaterländischen Gedankens auch in der Sozialdemokratie zeigt:

Neukölln, den 7. Juni 1918.

Herrn Emil Kloth,

Neukölln.

Werter Genosse!

In einer Ausschußsitzung des Soziald. Zentralvereins für Teltow-Beeskow wurde uns die Mitteilung gemacht, daß die Behörden durch die Polizei versuchen, in allen Orten Ausschüsse ins Leben zu rufen, welche die Aufgabe haben, die vaterländische Gesinnung des Volkes aufrecht zu erhalten, d. h. dafür Sorge zu tragen, den Unwillen desselben über die verschiedensten Vorkommnisse zu unterdrücken. Dieses Ziel soll erreicht werden durch Verteilung von Flugschriften und durch Abhaltung von Versammlungen. Es wird nun versucht, alle Parteien für diesen Zweck zu interessieren. Ein Genosse aus Schöneberg wurde ebenfalls zu einer derartigen Besprechung geladen und ihm bei dieser Unterredung mitgeteilt, daß in Neukölln ein derartiger Ausschuß schon ins Leben gerufen sei und sich ein Vertreter der Sozialdemokratie, und zwar Herr Kloth, dafür ausgesprochen habe. Im Auftrage der Bezirksleitung für Neukölln habe ich Ihnen nun mitzuteilen, daß wir, falls diese Angaben auf Wahrheit beruhen, mit dieser Sache auf keinen Fall etwas zu tun haben und, falls Sie sich dafür ausgesprochen haben, wir in diesem Fall nicht hinter Ihnen stehen.

Mit Parteigruß

Soz. Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow.
Ortsverein Neukölln.

Der Vorsitzende
Bruno Fiedler,
Neukölln, Weichselstraße 8, Aufg. 16, II.

Dieser Niedergang vaterländischer Gesinnung innerhalb der Sozialdemokratie infolge der unaufhörlichen Hetze der Unabhängigen ist zweifellos eine der Ursachen des deutschen Zusammenbruchs gewesen.

Man vergleiche dagegen das Verhalten der feindlichen Sozialisten (S. 55).

*

Marineverwaltung, Reichstag und Regierung.

Was sollte nun eigentlich die Marineverwaltung gegenüber der zersetzenden Agitation der Unabhängigen tun? Dittmann ist unvorsichtig genug, selbst Beispiele davon zu geben, welche Früchte jene Agitation bereits im Januar 1917 gezeitigt hatten. Da hatten auf dem Kriegsschiff „Oldenburg" der Oberheizer Baars und der Obermaschinenwärter Jenssen im Maschinenraum auf eine Holztafel geschrieben:

„Wann ist der Krieg alle? Das Hungerleben! Die Halsabschneider!"

„Gleiche Löhnung, gleiches Essen, dann wäre der Krieg schon längst vergessen!" Dem deutschen Militarismus fehlt nur noch die Knute. England kämpft für die Freiheit der Völker, aber Deutschland will sie unterdrücken. Die Agrarier. Nieder mit dem Krieg. Wir wollen Frieden. Ein Sozialdemokrat."

„Was sind deutsche Soldaten? Weiße Sklaven! Nieder mit den Aristokraten. Hoch die weißen Sklaven. Ein Erzsozialdemokrat."

Und ein Heizer Werner hatte seinen Gefühlen folgendermaßen Ausdruck gegeben:

„Wir kämpfen nicht fürs Vaterland,
Wir kämpfen nicht für Gott,
Wir kämpfen für das reiche Pack,
Wir Armen gehen kapott."

Daß einer solchen Gesinnung, die schließlich zu offenen Meutereien führte, mit aller Strenge entgegengetreten werden mußte, ist für jeden klar, der die Vaterlandsverteidigung nicht für einen leeren Begriff oder für einen Verrat an der Internationale hält. Dittmann ist dagegen anderer Ansicht und beruft sich dabei auch auf das Wort des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr", läßt aber wohlweislich den Schluß des Kaiserwortes fort: „ich kenne nur noch Deutsche". Daß die Dittmänner aber sich gar nicht als Deutsche fühlen, beweist ja das berüchtigte Wort von Ehren-Crispien:

„Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt".

Daß dies scheusälige Wort nicht bloß als unüberlegte Phrase gedeutet werden darf, dafür ist ja die ganze Tätigkeit der Unabhängigen während und nach dem Kriege der schlüssigste Beweis.

Es gehört daher das in engen Klassenkampfvorstellungen eingekapselte kleinkalibrige Gehirn Dittmanns oder eine unverfrorene Frechheit dazu, zu verlangen, daß Leute, die die Menagekommissionen zu revolutionären Institutionen ausbauten, die gegen den Siegwillen der Offiziere Kundgebungen an die Internationale Sozialistenkonferenz in Stockholm richteten, die sich auf die offene Auflehnung gegen die Offiziere und auf die Revolution vorbereiteten, ebenso behandelt werden sollten wie die Offiziere, die für Vaterlandsverteidigung bis zum äußersten eintraten. Dittmann wundert sich darüber, daß seinerzeit der Reichskanzler Michaelis die Unabhängige Sozialdemokratie „jenseits der Linie", auf der die Parteien ein Anrecht auf paritätische Behandlung hätten, stellte.

Diese Ansicht des Reichskanzlers Michaelis war aber durchaus richtig. Danach mußten die Führer der Marine verfahren und sie mußten bei der Regierung und auch bei einem verantwortungsvollen Reichstag volle Unterstützung finden. In Frankreich hatte die Regierung dafür das Beispiel gegeben, indem sie mit eiserner Strenge kurzerhand Meuterer erschießen ließ und sicher gegen Leute wie Dittmann ebenso verfahren wäre, wenn in Frankreich überhaupt ein Dittmann möglich wäre. Man braucht ja nur an die brutale Verfolgung von Caillaux durch Clémenceau wegen angeblichen „Defaitismus" zu denken.

In Deutschland dagegen wurde der Marineleitung und den Marineoffizieren Beistand kaum von der Regierung zuteil, noch viel weniger vom Reichstag, wo die sozialistischen Parteien immer mehr den Ton angaben. Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, für die Erhaltung guten vaterländischen Willens in der Mannschaft zu sorgen und sich dabei auch der Verteilung entsprechender Schriften zu bedienen, wurde ihnen von Ebert, wie Dittmann in seinem Buch wiedergibt, als „wüste Agitation gegen die Politik der Mehrheit des Reichstages" unterstellt. Das Gebaren der Unabhängigen entschuldigte er dagegen in jeder Weise und griff die Regierung aufs heftigste wegen ihres Vorgehens gegen die Unabhängigen an, mit den Worten schließend: „Jeder Tag, der das deutsche Volk früher von dieser Regierung befreit, wird von uns begrüßt werden." Fürwahr, es ist kein feiner Ruhm für den Deutschen Reichstag, daß ein Dittmann am

Schluß jener Reichstagssitzung als Triumphator dastand, wie er, gestützt auf einen bezüglichen Schmerzensruf Helfferichs, noch heute in seinem Buche mit großer Selbstgefälligkeit feststellt.

Die „Meuterei" der Admirale!

Von durchaus sachverständiger Seite werden uns nachstehende Ausführungen zur Verfügung gestellt:

Von den vielen Verdrehungen, die in der Dittmannschen Broschüre enthalten sind, ist wohl die tollste die angebliche „Rebellion" der Admirale vom Oktober 1918.

Dittmann gibt als Beweis lediglich einen Satz aus einem Artikel des Admirals Levetzow im Aprilheft 1924 der „Süddeutschen Monatshefte" wieder, woselbst es heißt: „Seine Majestät erwähnte (am 26. 10. 1918 beim Marinevortrag), er habe der am selben Tage im Reichstage beschlossenen Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt seine Zustimmung erteilt."

Dittmann sagt dann weiter, es wäre also Rebellion, offene Meuterei, Hochverrat gegen die Reichsregierung und gleichzeitig Landesverrat seitens der Admirale gewesen, daß dieselben ohne Genehmigung der Regierung den Flottenvorstoß befohlen hätten.

Es handelt sich bei obigem Ausspruch des Kaisers um das verfassungsändernde Gesetz vom 28. 10. 1918. Nach diesem Gesetz und den von Erzberger herrührenden Informationen für den Heimatdienst ist es nun klar, daß die sogenannte „Unterstellung" in dem Sinne, wie sie Dittmann versteht, niemals angeordnet wurde. Vielmehr steckt in dem zuerst von Erzberger und Solf gebrauchten Ausspruch „Unterstellung" ein staatsrechtlicher Irrtum. Weiter war wohl für das Heer eine A. K. O. vom 31. 10. 1918 vorhanden, dagegen keine Kabinettsorder für die Marine. Für die Marine war dieses neue Gesetz überhaupt von geringer Bedeutung, denn der Staatssekretär des Reichsmarineamtes war ja nach der Reichsverfassung bereits Stellvertreter des Reichskanzlers, so daß dieser für alle Handlungen des Staatssekretärs verantwortlich war. Für das Kriegsministerium war dagegen Ziffer 6 des Gesetzes von großer Bedeutung. Hier ist

gesagt, daß die Kriegsminister der Kontingente dem Reichstag und Bundesrat verantwortlich sind. Das war etwas grundsätzlich Neues. Man versteht diese Neuerung erst richtig, wenn man bedenkt, daß der Kriegsminister im Reichstage stets als ein Fremdkörper empfunden wurde, und daß dieser Auffassung immer wieder deutlich Ausdruck gegeben worden ist. So z. B. in der zweiten Beratung des Heeresetats vom 8. 5. 1914, in der der Sozialdemokrat Häusler ausführte: „Der Kriegsminister ist im Gegensatz zu den übrigen Staatssekretären dem Reichskanzler überhaupt nicht unterstellt und glaubt, sich in diesem Hause ausdrücklich als Kriegsminister des Königs von Preußen einführen zu müssen." (Hört, hört bei den Sozialdemokraten!)

Das ist — abgesehen von der Gegenzeichnung der Offiziersernennung, die hier keine Rolle spielt, — die staatsrechtliche Bedeutung des Gesetzes. **Mit keinem Wort ist davon die Rede, daß in rein militärischen Dingen der Reichskanzler den Höchstkommandierenden Weisungen zu erteilen hat.** Das war ausschließlich Sache des Kaisers. **Nur soweit militärische Maßnahmen politische Bedeutung hatten,** gingen sie den Reichskanzler an. Aber während eines Krieges sind die einzelnen militärischen Unternehmungen keine politischen Handlungen trotz des berühmten Wortes von Clausewitz von der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Eigentlich liegt aber in dem Ausdruck **„Fortsetzung** der Politik" doch die Erkenntnis, daß die Kriegsführung zunächst nicht selbst Politik ist.

Daß man damals auch gar nicht daran dachte, dieses Gesetz vom 28. 10. 1918 in dem Dittmannschen Sinne zu verstehen, zeigen die Ausführungen von Erzberger zu Ziffer 2 des Gesetzes (Art. 15 der Verfassung), wo er **ausdrücklich zwischen politischen und militärischen Maßnahmen unterscheidet.** Ganz so faßt auch das Kriegsministerium die Sache auf.

Und schließlich geht die Richtigkeit dieser Ausführungen noch ganz klar daraus hervor, daß der **Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates von Berlin am 15. 11. 1918 folgende Anordnung erließ:** „Um eine einheitliche Regelung der Demobilisierung durchführen zu können, ist eine Neuordnung der Kommandoverhältnisse notwendig. Die stellvertretenden Generalkommandos, der Generalstab und die Oberste Heeresleitung werden **von jetzt an**

dem Kriegsministerium unterstellt. Dessen Weisungen haben alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten. Das Kriegsministerium, wie alle Reichsbehörden, untersteht der „Zentrale des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates“. Das zeigt wohl unwiderleglich, daß bis dahin niemand daran gedacht hatte, daß die Kommandostellen dem Kriegsminister, bezw. dem Staatssekretär des R. M. A. schon unterstellt seien. **In rein militärischen Dingen**, und dazu gehörten während des Krieges die kriegerischen Operationen zu Lande und zur See, unterstanden also die Oberste Heeresleitung und die Seekriegsleitung **ausschließlich dem Kaiser**, aber nicht dem Reichskanzler und seinen Stellvertretern.

Der Kaiser war tatsächlich nach wie vor zu jeder Zeit oberster Bundesfeldherr; aber selbst wenn der Reichskanzler die oberste Befehlsgewalt wirklich gehabt hätte, so wäre damit keineswegs bewiesen, daß die Admirale eine Meuterei begangen haben. Denn unter Meuterei versteht man bekanntlich Widersetzlichkeit gegen einen Befehl oder ein Verbot. Es war aber vom Reichskanzler weder ein Befehl, noch ein Verbot ergangen. Im Gegenteil würde der Reichskanzler, Prinz Max von Baden, falls er gefragt worden wäre, den Vorstoß auf jeden Fall gebilligt haben. Dafür zeugen seine neuerlichen Ausführungen zu der Angelegenheit. Er sagt in seinem neuesten Buche:

> „Es steht für mich fest, daß Admiral Scheer in Gegenwart des Konteradmirals v. Levetzow mir am 20. Oktober gesagt hat: „Daß der Hochseeflotte nach Einstellung des U-Boot-Krieges die volle Freiheit des Handelns zurückgegeben würde.“ . . . Wenn der Sieg erfochten wurde — und das war nicht unmöglich bei unserer Führung, der Schulung der Mannschaft und der Ueberlegenheit unseres Materials — dann wäre dem bedrängten Heere und der mit täglich steigender Ungeduld leidenden Heimat ein gewaltiger Auftrieb zum Durchhalten gegeben worden. Nach einem deutschen Flottensiege wären Revolution und Kapitulation am 9. und 11. November nahezu eine seelische Unmöglichkeit geworden. . . .
>
> Wenn aber unsere Flotte eine ruhmreiche Niederlage erleiden, ja, wenn wirklich ihre letzte Fahrt die Todesfahrt sein würde, so war dennoch die militärisch-politische Zweckmäßigkeit unbedingt zu bejahen. Von der Opfertat würde eine beschämende Kraft ausgegangen sein, der sich auch viele Treulose und Verzagende nicht hätten entziehen können. . . .
>
> Neue Verhandlungen wären dann wohl eingeleitet worden. Die Waffenstillstandsbedingungen, die wir dann hätten annehmen müssen, wären sehr hart gewesen; aber sie hätten, das ist mein Glaube, Deutschland dem Versailler Diktat nicht wehrlos ausgeliefert.“

Auch das kann den Admiralen nicht als Insubordination ausgelegt werden, daß sie nicht vorher gefragt haben. Kein Mensch hat damals je daran gedacht, vor Beginn einer Landschlacht eine Erlaubnis vom Reichskanzler oder beim Kaiser einzuholen. Warum sollte für eine Seeschlacht eine solche eingeholt werden. Die Einstellung des U-Bootkrieges war aus politischen Gründen geschehen. Daraus konnte auf keinen Fall der Schluß gezogen werden, daß alle rein militärischen Maßnahmen vom Reichskanzler abhängig seien. Dann hätte ja wohl kein Schuß mehr ohne die Billigung des Reichskanzlers fallen dürfen. Selbst der Kaiser war über Einzelheiten, wie Flottenvorstöße, niemals vorher unterrichtet worden. Warum sollte dies 1918 beim Reichskanzler geschehen?

Praktisch hätte das auch bedeutet, besonders unter den damaligen Verhältnissen, wo die Stücklen und Genossen als „militärische Sachverständige“ überallhin ihre Fühler ausstreckten, daß der Flottenvorstoß vorzeitig bekannt geworden und somit auch den Feinden verraten worden wäre. Was schert das aber die Dittmänner!

Es kennzeichnet auch so recht das Laienhafte bis zur Groteske der Dittmannschen Ausführungen, jede selbständige Handlung eines Unterführers als „Rebellion“ zu bezeichnen. Die Selbstverantwortlichkeit und selbständige Initiative der Unterführer ist geradezu das Charakteristische in der preußisch-deutschen Kriegsführung. Die deutschen Reglements fordern diese Eigenschaft geradezu und heben sie hervor. In diesem Sinne sind die Unterführer erzogen worden. Die preußisch-deutschen Siege sind wesentlich auf diese Initiative und auf das Verantwortlichkeitsgefühl der Unterführer zurückzuführen. Nicht diese Initiative war also Rebellion, sondern die Anmaßung der Mannschaft, solche „berechtigte“ Initiative zu verhindern. Diese Rebellion der Mannschaft aber ist auf die landesverräterische Verhetzung der U. S. P. D. zurückzuführen. Es wäre ja der Anfang vom Ende, wenn die Mannschaft bei jeder selbständigen Handlung ihrer Führer sich ein Mitbestimmungsrecht anmaßen dürfte.

*

Die Partei über alles, über alles in der Welt.

Heute leider noch so wie damals. Daß die sozialdemokratische Partei den Hauptschuldigen Dittmann als Richter über sich selbst in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß entsandte, spricht für ihre Taktlosigkeit und Skrupellosigkeit, konnte aber vom Ausschuß nicht verhindert werden, aber daß dieser ausgerechnet Dittmann das Studium der Akten übertrug und ein sechsstündiges Referat von ihm entgegennahm und auch nichts Ernstliches gegen ihn unternahm, als er das Material zu geschäftlichen Zwecken mißbrauchte, ist doch etwas, was der gesunde Menschenverstand nicht versteht und gutheißen kann.

Wer den Sitzungen des Untersuchungsausschusses beigewohnt hat, wo Dittmann seine Enthüllungen machte, der mußte mit Ekel erfüllt werden, wenn er sah, daß die Sitzung einer Volksversammlung übelster Art glich, daß der Ton der Kaschemme seinen Eingang hielt, während der Regierungsvertreter Canaris und der Korreferent, Admiral Brüninghaus, sprachen. Freilich hatten schon vorher, wenn Dittmann zu besonders gehässigen Verunglimpfungen der Marineoffiziere ausholte, aus den Reihen der Sozialisten und Kommunisten Ausrufe die Luft durchschwirrt, wie

verfluchte Bande, Lumpen, schöne Offiziersehre, Mörder usw.

Aber das war doch nur ein Kinderspiel gegenüber der Vergewaltigung durch unaufhörliche Zwischenrufe und Gebrüll, wenn die Redner etwas sagten, was sozialdemokratischen oder kommunistischen Ohren nicht gefiel. Dabei waren ihre Ausführungen durchaus sachlicher Natur, stützten sich auf die Akten und vermieden peinlich jeden persönlichen Angriff auf Dittmann. Nichtsdestoweniger war es gerade Dittmann, der die Redner fortgesetzt durch Zwischenrufe und längere Ausführungen unterbrach, obgleich sie seine sechsstündigen von Beleidigungen strotzenden Kritikastereien mit keinem Worte unterbrochen hatten.

Der Zweck der Uebung war: die Dittmannschen Verleumdungen und die Reinwaschungen der Unabhängigen sollten unwidersprochen in die Welt hinausgehen und die Sozialdemokratie wollte noch obendrein ein gutes Geschäft dabei machen, indem dem erwähnten Dittmannschen Buch zu großem Absatz verholfen werden sollte.

Sie betrachtet den Reichstag ebenso wie die anderen Parlamente als Geschäftsfilialen, um möglichst viele Genossen als Minister, Abgeordnete und in den Verwaltungen als Oberpräsidenten, Präsidenten, Bürgermeister, Stadt- und Landräte unterzubringen und ihnen daneben noch durch einträgliche Schriftstellerei willkommene Nebeneinnahmen zu verschaffen. . . .

Wer die Sozialdemokratie in diesem Geschäft stört, wird eben niedergebrüllt.

Die feindlichen Sozialisten und das Vaterland.

Vor, während und nach dem Kriege hat es sich erwiesen, daß die Sozialisten der feindlichen Länder unter allen Umständen die nationalen Belange, das Vaterland allem andern voranstellen, sofern man ihre Taten und nicht ihre Ideologien zugrunde legt. Die Internationale ist ihnen daher nicht die Göttin, neben der es keine anderen geben darf, sondern sie ist ihnen hauptsächlich ein Instrument, um die Interessen ihres Landes und Volkes zur Geltung zu bringen. Statt langer Beweisführungen genügt dafür vollständig eine im Anfang des Krieges im „Vorwärts" veröffentlichte Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes folgenden Wortlauts:

„Das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Bureaus hat gemeinsam mit dem Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs einen **„Aufruf an das deutsche Volk" erlassen, ohne Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auch nur zu suchen.**

Das Exekutivkomitee hat damit seine Befugnisse, die ihm von der Internationale übertragen worden sind, überschritten, was um so befremdlicher ist, als die sämtlichen Mitglieder des Exekutivkomitees nur einem der bei der gegenwärtigen Katastrophe beteiligten Staaten angehören und deshalb notwendig befangen und einseitig im Urteil sein mußten.

Als der unterzeichnete Parteivorstand von dem Aufruf durch die ausländische Presse Kenntnis erhielt, hat er sofort Einspruch erhoben.

Der Aufruf, dessen Wortlaut uns erst jetzt bekannt wird, stellt die Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, im Sinne der französischen Regierung dar und geht stillschweigend über alles hinweg, was gegen die Auffassungen der verbündeten Regierungen Englands, Frankreichs, Belgiens und Rußlands spricht. Wir sehen davon ab, jetzt

gegen diese Auffassung zu polemisieren, weil uns der Zeitpunkt hierfür nicht gegeben erscheint. Für eine fruchtbringende Auseinandersetzung über die Haltung der einzelnen Mächte in den Tagen vor dem Kriegsausbruch liegt zudem das Beweismaterial bisher nirgends lückenlos vor.

Die Einseitigkeit des Aufrufs geht schon daraus hervor, daß in ihm **die Bedrohung des deutschen Volkes durch den russischen Despotismus nicht einmal erwähnt ist,** d. h. diejenige Tatsache, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit am tiefsten erregt hat und für die Beurteilung der politischen Situation von wesentlichster Bedeutung ist. Der Aufruf läßt also jede Objektivität vermissen.

Weiter entnehmen wir den Nummern 3771 und 3772 der Pariser „Humanité“ vom 14. und 15. August 1914, die erst jetzt zu unserer Kenntnis gelangen, daß **das Internationale Sozialistische Bureau mit Unterstützung der Sozialistischen Partei Frankreichs die sozialistischen Parteien der neutralen Läder über die „Greueltaten der Deutschen“ informieren will,** um dadurch auf die öffentliche Meinung dieser Länder einzuwirken.

Wir erheben auch gegen dieses einseitige Vorgehen des Internationalen Sozialistischen Bureaus öffentlich Protest. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat stets alle Greueltaten, wo sie auch immer vorkamen, verurteilt. Ob deutsche Soldaten in Feindesland in diesem oder jenem Orte bei ihrem Vorgehen die Grenzen berechtigter Notwehr überschritten haben, darüber liegt uns zurzeit kein genügendes Material vor. Auch sind uns vom Internationalen Bureau hierüber keine Mitteilungen zugegangen. Wir fühlen uns aber verpflichtet, festzustellen, daß die deutschen Soldaten, die zu Millionen durch die Schule der deutschen Partei und Gewerkschaften gegangen sind, keine Barbaren sind und an Bildung des Geistes und Herzens hinter den Soldaten keines Volkes der Welt zurückstehen.

Es ist bezeichnend, daß das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Bureaus wegen der angeblichen Greueltaten der Deutschen die öffentliche Meinung der neutralen Länder anrufen will, **während es sich über hinterlistige Ueberfälle belgischer Franktireurs auf deutsche Soldaten ausschweigt und von den Greueltaten der Russen in Ostpreußen nichts zu melden weiß.**

Berlin, den 9. September 1914.

Der Parteivorstand.

Ja, ja, der liebe, gute Parteivorstand, er hatte mit seiner Erklärung durchaus recht, aber verkannte dabei vollständig die Mentalität der Sozialisten in den feindlichen Ländern, welche auf internationale Beschlüsse pfeifen, wenn es ihrem Lande dienlich ist. Sie sprechen das natürlich nicht brutal und öffentlich aus, sondern sie erklären vielmehr, daß die Verteidigung ihres Vaterlandes zugleich auch die Sache der Internationale sei, während die Gegenseite sich gegen die Internationale versündige. In einem **Aufruf**

der französischen sozialistischen Partei in der „Humanité" vom 25. 12. 1914 „an die Sozialisten, an die Arbeiter" heißt es daher auch (nach der von Baumeister, dem Sekretär Legiens, herausgegebenen „Internationalen Korrespondenz" Nr. 30 v. 5. 1. 1915):

„Heute wie am 4. August haben wir, festen Herzens, die Ueberzeugung, entsprechend den nobelsten Traditionen Frankreichs für das Recht und die Freiheit zu kämpfen.

Heute wie am 4. August haben wir die Gewißheit, daß wir für unsere Sache die Sozialisten aller Länder, die ganze Internationale, deren Ideal nur die Föderation der freien Völker sein kann, gewinnen werden.

Sogar jenseits des Rheins, unter jenen, welche in den vergangenen Jahren zu gleicher Zeit mit uns kämpften gegen die Mächte des Militarismus und des Krieges, gibt es schon solche, die beginnen — als sozialistische Vorläufer, so hoffen wir, einer deutschen Republik — zu zweifeln und zu sehen . . . **Heroisch hat Liebknecht protestiert.** Aber wir wissen, daß es schon mehr wie ein beunruhigtes Herz gibt. Und zur selben Stunde, wo wir andern den Stolz haben, zu gleicher Zeit unsere Unabhängigkeit als Nation und unsere sozialistische Sache zu verteidigen, fragen sich jene vielleicht, ob der Krieg nicht als höchstes Ziel hatte, auf einem furchtbaren Umweg ihre eigenen Anstrengungen für die Befreiung zu treffen?

Die Genossen, welche wir in der Stunde der Gefahr in die Regierung der nationalen Verteidigung delegierten, haben in deren Sitzungen schon den Geist der Entschlossenheit und der Kühnheit bekundet, der unsere Partei beseelt. Sie haben alles getan, um die Kräfte des Landes in einem großen, zugleich populären und methodischen Kriege aufzurichten und zu organisieren, in dem es doch einmal den Sieg finden muß.

Zweifellos ist der Kampf schwierig. Sagen wir die Wahrheit: er kann lange dauern. Es **ist der schrecklichste Krieg der Erschöpfung. Er wird uns nicht mürbe machen.** Sozialisten, wir wissen, für welche Zukunft wir kämpfen. Wir kämpfen, damit die französische Unabhängigkeit und Einheit niemals wieder in Gefahr geraten.

Wir kämpfen, damit die vor 44 Jahren gegen ihren Willen annektierten Provinzen freien Willens zu ihrem Vaterlande ihrer Wahl zurückkehren.

Wir kämpfen, damit das Recht der Völker, selbst über sich zu verfügen, diesmal für alle anerkannt werde. Wir kämpfen, damit sie sich zusammentun und sich föderieren. **Wir kämpfen, damit der preußische Imperialismus, damit alle Imperialismen aufhören. Sozialisten, wir kämpfen auch, damit dieser Krieg, dieser grausame Krieg der letzte sei."** Marokko 1925/6 !!

Niemals hat die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages sich so rückhaltlos für die Vaterlandsverteidigung er-

klärt, auch nicht am 4. August 1914. Denn immer lief bei ihr der Gedanke mit unter: ob Deutschland im Rechte ist, das lassen wir unerörtert; wir greifen lediglich zum Löscheimer, weil das Haus brennt, in dem wir selbst mit wohnen. Allen Kundgebungen der Sozialdemokratie fehlte der hinreißende Schwung, wie wir ihn in den Aufrufen der französischen und der anderen feindlichen Sozialisten an ihre Genossen finden. Und gar erst ihre besten Leute in die Regierungen der nationalen Verteidigung zu senden, wie es in Frankreich, England und Belgien eine platte Selbstverständlichkeit war, dazu vermochte sich unsere Sozialdemokratie nicht aufzuschwingen. Als sie Minister hergab, da tat sie es nur, um die Liquidation des alten wehrhaften Deutschland durchzuführen und an dessen Stelle eine „freie" Republik mit ausländischen Generalen als wahren Herrschern an der Spitze einzusetzen.

Und doch hätte man gegen **„die französische Advokaten- und Literaten-Republik"**, wie sie im Anfang des Krieges auch von deutschen sozialistischen Führer des öfteren bezeichnet wurde, und die sich als Befreierin der Menschheit aufspielte, sehr wohl auch als Sozialist mit guten Gründen zu Felde ziehen können. Zumal die französischen Sozialisten zuließen, daß ihr bester Mann, Jean Jaurès, gleich in den ersten Tagen des Krieges von einem Chauvinisten ermordet, und daß der Mörder schließlich nach 4½ Jahren freigesprochen wurde, wozu der „Vorwärts" selbst die Bemerkung nicht unterdrücken konnte (Nr. 166 v. 31. 3. 1919):

> „Aber nicht als Deutsche vor allem, sondern vor allem als Sozialisten fühlen wir uns angesichts dieses Freispruchs mit Erbitterung erfüllt. Vor kurzem ist ein junger Mensch, der den französischen Ministerpräsidenten Clemeaceau nicht lebensgefährlich verletzte, zum Tode verurteilt worden. **Im Lande der französischen Bourgeoisie sind die Clemenceaus sakrosankt, die Jaurès dagegen vogelfrei.** Schlimmer konnte die Justiz ihre Parteilichkeit zugunsten eines besinnungslosen Chauvinismus ihren Charakter als Klassenjustiz nicht enthüllen!"

Mit Verlaub: es ist nicht bloß die Schuld der französischen Bourgeoisie, sondern auch der französischen Sozialdemokratie, wenn Jaurès Tod ungesühnt blieb, denn sie saß während des ganzen Krieges mit in der Regierung — Albert Thomas war sogar Munitionsminister — und auch nachdem des öfteren.

Dasselbe läßt sich von ihrer sonstigen Haltung sagen. Von ihren schönen Versprechungen im obigen Aufruf vom 25. Dezember

1914 hat sie leider nichts verwirklicht. Selbstbestimmungsrecht der Völker? Siehe Elsaß-Lothringen, Oberschlesien, Polnischer Korridor, Hultschiner Ländchen, Eupen-Malmedy, Deutsch-Oesterreich usw. Der letzte Krieg? Siehe Marokko, Syrien, Ruhreinbruch usw. Freilich der „heroische Liebknecht“ und andere deutsche Tölpel ließen und lassen sich nichtsdestoweniger immer wieder von den aalglatten Franzosen einseifen und fallen ihrem eigenen Vaterlande in Zeiten der höchsten Gefahr in den Rücken. Gar nicht zu reden von jenen Burschen, die persönlicher Vorteile willen — Ergatterung hochbezahlter Posten, Unterbringung von Söhnen beim Völkerbund und sonstwo, fette Honorare für Artikel in ausländischen Blättern usw. — Verrat am Vaterland üben. Was aber die Vernichtung des Militarismus als Zweck des Weltkrieges anbetrifft, so trifft hier noch immer angesichts der gewaltigen „Aufwertung“ der militärischen Kräfte in allen uns umgebenden Ländern, trotz des Völkerbundes, das Wort Legiens zu, das er nach seiner eigenen Darstellung (s. „Vorwärts“ Nr. 586 v. 30. 11. 1920) auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß zu London aussprach:

> **„daß es die größte Lüge der Weltgeschichte sei, wenn behauptet werde, daß dieser Krieg zur Vernichtung des Militarismus geführt worden sei.“**

Mit dieser Lüge operierten jedoch auch die feindlichen Sozialisten während des ganzen Weltkrieges, und sie tun es noch, um Deutschland in Wehrlosigkeit zu erhalten.

*

Die heutige Sozialdemokratie.

Biologie und Rassenkunde haben festgestellt, daß bei der Vermischung zweier Rassen die Eigenschaften der minderwertigen Rasse in der Mischrasse am meisten zur Geltung kommen. Dies Naturgesetz scheint auch bei Parteien Geltung zu haben. Wenigsten trifft es auf die heutige „Vereinigte Sozialdemokratische Partei“ in erschreckendem Maße zu, ja, man darf sogar sagen, in beispielloser Weise zu. Ist es schon jemals dagewesen, daß eine innerlich verfaulte und in äußerlicher Auflösung begriffene Partei die stärkere Partei aufsaugen, fast verschlucken konnte? Nein! So ist es aber in der Tat in der Sozialdemokratischen Partei gekommen.

Crispien wurde Parteivorsitzender, Hilferding Schriftleiter der parteiamtlichen „wissenschaftlichen" Zeitschrift: „Die Gesellschaft", im „Vorwärts" geben die Unabhängigen den Ton an, an Stelle Hermann Müllers trat Breitscheid als Außenpolitiker der Partei, die sehr einflußreiche Parteiorganisation Groß-Berlin steht unter dem Szepter des Unabhängigen Künstler. So könnte man die Vergleiche noch weiter ziehen. Wollen die Rechtssozialisten einmal gegen den Stachel löcken, so werden sie durch die Drohung der Unabhängigen zum Kuschen gebracht: aus der Partei austreten oder doch in schärfste Opposition treten zu wollen.

Selbst die Gewerkschaften tragen diesem Ruck nach links Rechnung, weil sie ihren festen Standpunkt der Politik des 4. August 1914 längst aufgegeben haben und sich vor der skrupellosen Demagogie der Unabhängigen fürchten. Dabei ist der Radikalismus in den Massen gar nicht so tief verankert, aber auch sie unterliegen den unabhängigen Demagogen, weil sie zu den hin und her schwankenden Gestalten der Rechten erklärlicherweise kein Zutrauen mehr haben, zumal diese dem Draufgängertum der Unabhängigen keine gleichwertige Kraft entgegensetzen.

Nach der Revolution, aber vor der Vereinigung mit den Unabhängigen, ist bei den Mehrheitssozialdemokraten hier und da immer noch mal die Vernunft zum Durchbruch gekommen; selbst dann noch, als sie bereits ihren Kotau vor den feindlichen Chauvinisten vollzogen und die Schuldlüge anerkannt hatten. So sagte der Parteivorstand in einem Aufruf „An die Sozialisten aller Länder" (s. „Vorwärts" Nr. 237 v. 10. 5. 1919):

„**Der Gewaltfriede, der uns nach dem Diktat der Versailler aufgezwungen werden soll, ist die beste Rechtfertigung der Haltung der deutschen Sozialdemokratie für Landesverteidigung.** Wir wußten immer, was dem deutschen Volke drohen würde, wenn die Imperialisten der Entente ihm den Frieden diktieren würden. Deshalb wollten wir mit allen Mitteln verhindern, daß dieser Zustand eintrat. Sozialisten der andern Länder, versteht ihr jetzt unsere Haltung? Die Imperialisten der anderen Länder sind nicht besser als die unseren.

Der Siegerfriede, der uns heute aufgezwungen werden soll, trifft die deutsche Republik mitten ins Herz."

Und Wels auf dem Parteitag bald hernach (s. „Vorwärts" Nr. 293 v. 11. 6. 1919):

„Auch in der Internationale gewinnt man nicht an Achtung, wenn man sich duckt und im Büßerhemde dasteht. **Kein Franzose oder Engländer hätte jemals die alleinige Schuld auf sein Land genommen. Auch der nationale Stolz ist etwas Großes und Gewaltiges, und wir Deutsche können ihn lernen von den Franzosen, den Engländern und allen freien Völkern.** (Stürmischer Beifall.) Von ihnen müssen wir lernen, deutsch zu fühlen auch gegenüber einem Clemenceau, diesem Manne von Blut und Eisen im 20. Jahrhundert, gegen den Bismarck nur ein elender Stümper gewesen ist."

Gut gebrüllt, Löwe! Aber der nationale Stolz flackerte nur zeitweilig auf, verschwand alsbald wie ein Irrlicht vor dem Stirnrunzeln der Internationalen von der feindlichen Observanz. Das zeigte sich bald darauf auf dem Internationalen Kongreß zu Amsterdam, wo Sassenbach als Vertreter der einst so mächtigen und selbstbewußten deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften im Büßergewande sich vor den Ausländern tief in den Staub warf und erklärte:

„Wenn zu Beginn des Krieges das, was jetzt bekannt ist, bekannt gewesen wäre, wenn die Arbeiterklasse nicht von der Regierung irregeführt und betrogen worden wäre, dann wäre die Haltung der deutschen Arbeitergewerkschaften und ihrer Führer eine andere gewesen. Wenn die deutsche Arbeiterbewegung geahnt hätte, daß Deutschland die angreifende Macht war, **dann hätte sie zweifellos versucht, den Krieg mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern."**

Hierdurch war also in aller Form auch von den sozialdemokratischen Gewerkschaften die Schuld Deutschlands anerkannt.

Was half es, daß andere deutsche Gewerkschaftsführer dieses Schuldbekenntnis nachträglich abzuschwächen versuchten, nachdem der „Vorwärts" (Nr. 381 v. 28. 7. 1919) an der Spitze des Blattes in großer Aufmachung mit der Ueberschrift: „Deutsche Gewerkschaften an die Internationale" — „Irregeführt und betrogen" die Sassenbachsche Erklärung an die große Glocke geschlagen hatte.

Gewiß hat beim Londoner Ultimatum im Frühjahr 1921 sogar Hermann Müller zuerst stolz erklärt: „Es wird sich in Deutschland keine Regierung finden, die das Ultimatum unterzeichnet" — haben die Gewerkschaften in einem kurzen, aber kernigen Protest „An die Arbeiter der Welt" gegen die Versklavung der deutschen Arbeiter Widerspruch erhoben, aber es steckte keine Kraft dahinter und erzeugte daher auch keine Wirkung, zumal sich die Helden bald

darauf immer wieder in unentwegte Erfüllungspolitiker verwandelten. Die letzte Kundgebung gegen die Verelendung Deutschlands war eine gemeinsame der sozialdemokratischen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften am 11. Dezember 1922, bei der nach zornigen Reden gegen die Ausbeutung Deutschlands durch den feindlichen Imperialismus auf Grund des Versailler Diktats eine Entschließung angenommen wurde, die laut „Vorwärts" (Nr. 585 v. 12. 12. 1922) folgende Sätze enthielt:

„Die am 11. Dezember im Deutschen Reichstagsgebäude versammelten Vertreter der gesamten deutschen Gewerkschaften erklären einmütig, daß sie den tiefsten Grund des immer mehr um sich greifenden deutschen Elends in dem auf der Alleinschuld Deutschlands im Weltkriege aufgebauten Versailler Diktats erblicken.

Sie rufen das ganze deutsche Volk zum einmütigen Protest gegen dieses Diktat auf und sie werden nicht ablassen, der ganzen Welt gegenüber immer wieder das Recht des deutschen Volkes auf ein menschenwürdiges Dasein zu vertreten.

Sie fordern, daß der Vertrag von Versailles mit seinen unerfüllbaren Forderungen und seinen die Existenz des ganzen deutschen Volkes bedrohenden Lasten einer Revision unterzogen wird, durch die Deutschland die Lebensmöglichkeiten wiedergegeben werden."

Seitdem hat die deutsche Sozialdemokratie nicht nur jeden Widerstand gegen das Versailler Diktat aufgegeben, sondern im Gegenteil dessen Abänderung bewußt verhindert, obgleich auf den Internationalen Sozialistenkongressen in Hamburg (1923) und in Marseille (1925) entsprechende Anträge von dem Deutschamerikaner Viktor Berger und den Engländern gestellt wurden und Aussicht auf Annahme hatten, wenn sich nicht die deutschen Sozialdemokraten ausdrücklich dagegen mit der Begründung gewandt, daß sie bereits die Schuld Deutschlands anerkannt und sich für Leistung der Reparationen eingesetzt hätten und deshalb nicht dafür stimmen könnten. Nach solchen Leistungen hat der sozialdemokratische Redakteur Ernst Niekisch zweifellos recht, wenn er in seiner Schrift: „Grundfragen deutscher Außenpolitik" (Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel, 1925) folgende Kennzeichnung gibt:

„Auf diese Weise erschien die Sozialdemokratie als die Partei, die sich außenpolitischen Demütigungen gar nicht ungestüm genug unterwerfen, nationalen Entwürdigungen gar nicht selbstvergessen genug aussetzen konnte. Das Bürgertum verhielt sich als der Geschobene, der gegen seine Absicht zur Duldung des Uebels gezwungen

wurde; mit der Verantwortung für das Hereinbrechen des Uebels wurde die Sozialdemokratie belastet, die mit allzu leichtfertiger Initiative sich für die Politik des nationalen Unglücks erklärt hatte.“

*

Nachdem so die Sozialdemokratie an nationalen Entwürdigungen das Menschenmögliche geleistet hat, scheint es ein Widerspruch zu sein, daß sie sich so für die Unabhängigen ins Zeug legt und deren landesverräterische Rolle während des Krieges ins Gegenteil umzukehren sucht.

Dieser Widerspruch ist tatsächlich vorhanden und ist auf die Furcht der Sozialdemokratie vor dem Erwachen des deutschen Volkes zurückzuführen, das früher oder später kommen muß, wenn es nicht dauernd ein Knechtsvolk für ausländische Kapitalisten und Imperialisten sein will. Sie will auch für eine solche „Konjunktur“ gerüstet sein und ihre Unschuld an Deutschlands Niederlage beteuern können. Wahrscheinlich schwebt ihr die Mahnung vor, welche anläßlich des Munitionsarbeiterstreiks im Januar 1918 der demokratische Professor Max Weber in der „Frankfurter Zeitung“ an die Sozialdemokratie richtete:

„Jede Partei, welche direkt oder indirekt einen schlechten oder leichtsinnigen Frieden verschuldet, oder indem sie den deutschen Unterhändlern in den Rücken fällt (damit war die Sabotage der Unabhängigen eines Friedens mit Rußland gemeint. D. V.), den Friedensschluß erschwert, würde ihre Rolle in Deutschland ausgespielt haben. Noch nach Jahrzehnten würde ihr das nachgehen. Und diese Gefahr besteht.“

Dieses Menetekel treibt die Sozialdemokratie dazu, sich beschützend vor einen so üblen Burschen wie Dittmann, den sie früher selbst so gekennzeichnet hat, zu stellen.

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse.

Es sollen hier keine langen Erörterungen über den Wert oder Unwert der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse gepflogen werden, aber soviel steht doch wohl fest, daß sie bei allen Einsichtigen in keinem hohen Ansehen stehen. Daran dürften wohl die Parlamente und ihre Untersuchungsausschüsse selbst die Schuld tragen.

Woher soll denn die Achtung kommen, wenn vor dem Untersuchungsausschuß der Preußischen Landesversammlung der schwer belastete Herr Dittmann einfach nicht erscheint, um nicht über die Zwiespältigkeit seiner beschworenen Aussage im Ledebourprozeß und seines Referates auf dem Rätekongreß Auskunft geben zu brauchen?

Wirkt es nicht wie eine Burleske, wenn im Barmat-Ausschuß des Preußischen Landtages Barmats „Ehrensyndikus“ Heilmann als unparteiischer Zeuge auftritt und der freiwillige Anwalt Barmats, Kuttner, mit der strengen Miene des „objektiven“ Untersuchungsrichters? Gar nicht zu reden von den auch auftretenden Bauer, Leinert und Genossen, die doch als Schieber und Aemterschacherer genügend entlarvt sind, wenn sie auch aus mancherlei Gründen, besonders da sie zuviel von ihren Genossen wissen und von dem, was hinter den Kulissen vorgegangen ist, von ihrer Partei gedeckt werden.

Aber erst der selbst bei seiner eigenen Partei übel beleumdete Dittmann als Untersuchungsrichter! Ueber wen? Na, über sich selbst und seine landesverräterischen Umtriebe. Höher geht's wohl nimmer in einem rechtfindenden Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Oder doch? Nun, von den Genossen Dittmanns kann man ja noch allerhand erwarten, nachdem sie es durchgesetzt haben, daß er sozusagen als Referent des Unterausschusses sich aufspielen konnte.

Parlamentarische Ordnung, parlamentarischer Ton! — An den „großen Tagen“ Wilhelm Dittmanns im Unterausschuß merkte man verdammt wenig davon. Haben denn die Leutchen so wenig Achtung vor ihrer eigenen Schöpfung, dem parlamentarischen System, daß sie es durch ihr unparlamentarisches Gebaren, durch Brüllen, Schreien und Vergewaltigung der Meinungsfreiheit dem Gespött und dem Abscheu aller Einsichtigen und Gutgesinnten preisgeben? Wahrlich, der Untersuchungsausschuß und sein Unterausschuß haben viel wiedergutzumachen.

Mit Dittmannschen Methoden bringt man die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse vollends auf den Hund.

